

Ongoing Nakba

Aktuelles

Stellungnahme der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft (DPG e.V.)
zur Entwicklung in Gaza

Schwerpunkt

Überfall auf Dschenin

Neue israelische Gesetze gegen Palästinenser:innen

Zerstörung palästinensischer Urbanität



IMPRESSUM

ISSN 1436-252X

Herausgeberin

Deutsch-Palästinensische
Gesellschaft e.V. (DPG)
PF 1148, 49171 Hilter a.T.W.
dpg@dpg-netz.de, www.dpg-netz.de



Redaktion

Wiebke Diehl (Berlin)
Hermann Dierkes (Schweden)
Jan-Günter Frenzel (Berlin)
Detlef Griesche (Bremen)
Anton-Günther Janßen (Berlin)
Ursula Mindermann (Telgte)
Nazih Musharbash (Bad Iburg)
Gisela Siebourg (Berlin)
Wiltrud Rösch-Metzler (Stuttgart)
verantwortliche Redakteurin

Redaktionsanschrift

redaktion@dpg-netz.de

Korrektur

Lea Mindermann

Satz, Layout & Druck

Druckhaus Köhler GmbH
Siemensstraße 1–3, 31177 Harsum
www.druckhaus-koehler.de

Erscheinungsweise

Das Palästina Journal erscheint
im Jahr 2023 zweimal.

Preis

Der Bezugspreis für das Palästina Journal
ist im DPG-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Abo

Bitte wenden Sie sich an die DPG.

Spenden

Um dieses unabhängige Journal veröffentlichen zu
können, ist die DPG auf Spenden angewiesen.

Bitte spenden Sie an:

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. (DPG)
Sparda West e.G.
BIC: GENODED1SPK
IBAN: DE37 3706 0590 0100 3392 10

Titelbild

Demonstration, östlicher Gazastreifen, 13.9.2023
Foto // Mohammed Zaanoun / activistills

Eine palästinensische Frau trägt die palästinensische Nationalflagge während einer Demonstration östlich von Gaza-Stadt entlang der von Israel errichteten Sperranlage, die den Gazastreifen abriegelt. Seit 2007 hat Israel eine Land-, Luft- und Seeblockade über den Gazastreifen verhängt. In Gaza sind rund 75 % der Bewohner:innen Flüchtlinge. Sie wurden während der Nakba aus ihrer Heimat im Süden Palästinas/Israels zugunsten israelischer Siedler:innen vertrieben.

Inhalt

Palästina Journal · Ausgabe 20 · November 2023



- 03 Nachrichten aus Palästina //** Neues UNESCO-Weltkulturerbe: Tell es-Sultan / Vertreibungen von Bauern durch Siedler / Saudi-Arabiens veränderte Palästina-Politik / Oberster Gerichtshof Israels genehmigt Zerstörung des Dorfs Ras Jrabah / Militärgewalt gegen Schulkinder / UN-Sonderberichterstatterin zu Menschenrechten in Palästina / Kein Geld für die Entwicklung palästinensischer Ortschaften in Israel / Tötung von Palästinensern / Willkürliche Festnahme von Professor Imad Barghouti / Palästinensische Frauen und Mädchen warten auf Gesetz, das sie vor Gewalt schützt / Hinrichtungen in Palästina / Neue Visaregelung
- 06 Aktuelles //** Stellungnahme der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft (DPG e.V.) zur Entwicklung in Gaza
- 09 Der Konflikt auf einen Blick**
- 10 Schwerpunkt: ongoing Nakba //** Überfall der israelischen Armee auf Dschenin
- 12 Schwerpunkt: ongoing Nakba //** Neue israelische Gesetze gegen Palästinenser:innen
- 14 Nationalstaatsgesetz //** In Memoriam Uri Avnery (1923-2018)
- 16 Schwerpunkt: ongoing Nakba //** Zerstörung palästinensischer Urbanität am Beispiel Haifa
- 18 Deutsche und EU-Palästinapolitik //** Spanische Ministerin kritisiert Genozid in Gaza / Kommt Verbot von Samidoun? / Schwedischer Rundfunk vermeidet „Palästina“ / Barcelona wieder mit Tel Aviv verpartnert / UN-Studie stellt Unrechtmäßigkeit der Besatzung fest / Finanzinstitute unterstützen Firmen in völkerrechts-widrigen Siedlungen / Judith Bernstein gewinnt gegen Frankfurt / Grüne pflanzen 75 Bäume für 75 Jahre Israel
- 19 Kommentare //** Olivenbäume statt Kupferfelsenbirne oder Das Schweigen der Deutschen Regierung / Huawara – pogromhafter Höhepunkt jahrelanger Siedlergewalt
- 20 Auf ein Wort //** Solidarität mit Muriel Asseburg
- 21 Aktivitäten //** Mitgliederversammlung und Studientagung 2023 in Brenkhausen
- 24 Schwerpunkt: ongoing Nakba //** Palästina und Palästinenser
- 26 Weltweite Solidarität //** „From the river to the sea ...“ / Weltgebetstag für Palästina / 2024 wieder Freedom Flotilla nach Gaza / Stiftung Rachel Corrie / American Anthropological Association entscheidet für Boykott / Aufruf an Vertreter:innen des nordamerikanischen Judentums / Forderung nach Militärembargo / Roger Waters durfte singen / Amnesty besorgt über die Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit / Weltweite Demonstrationen gegen den Gaza-Krieg: Leipzig, Mannheim, Tübingen, Bielefeld, Bremen, London, Brüssel, Washington DC.
- 29 Medienempfehlungen //** Bücher / Film / Ausstellung
- 31 Poesie //** Junges Mädchen im Exil von Khaled Shomali
- 32 Kunst //** Liberty Leading the People von Mohammed Al Hawajri

Liebe Leser:innen,

Das vorliegende Palästina Journal hat den Titel „Ongoing Nakba“. Warum so ein Titel mit zwei Fremdwörtern? Mit NAKBA, arabisch Katastrophe, wird die Vertreibung und die Flucht von über 700.000 Palästinenser:innen aus ihrer Heimat vor und im Rahmen der Gründung des Staates Israel bezeichnet. Die Methoden der Vertreibung durch damalige jüdische Untergrundorganisationen – lange vor der Gründung des Staates Israel – und die späteren und jetzigen Maßnahmen der israelischen Regierungen zur Minimierung der palästinensischen Bevölkerung setzen sich in unserer Zeit fort. Mit „Ongoing“ wird die anhaltende Vertreibung, die Palästinenser:innen tagtäglich erleben, deutlich.

Aus redaktionellen Gründen können wir in dieser Ausgabe den Krieg und seine langfristigen Auswirkungen nicht ausführlich beleuchten. Wir werden das in der nächsten Ausgabe nachholen.

Ihre Redaktion
redaktion@dpg-netz.de

Nachrichten aus Palästina

ZERSTÖRUNGEN UND VERTREIBUNGEN VON BAUERN DURCH SIEDLER

FOTO // R. ROGG



Siedler in Saadet Thalab, Masafer Yatta

Seit dem 7.10.2023 erleben Ortschaften wie die Gemeinde Susija südlich von Yatta eine Totalabriegelung. Die Wasserversorgung wurde von den Siedlern zerstört, Ziegen und Schafe können nicht mehr auf die Weiden geführt werden, das Vieh verhungert und verdurstet, die Hofstellen des Dorfes wurden geplündert, die Einrichtungen zertrümmert. Die Olivenenernte kann nicht eingebracht werden.



Am 27.10.2023 haben die Siedler den verbliebenen Bauernfamilien von Susija ein Ultimatum von 24 Stunden gestellt, ihre Höfe und ihr Land zu verlassen, sonst werden sie mit Gewalt vertrieben. In der gesamten Region drangsalierten Siedler mit Waffengewalt und mit Militärunterstützung die Bevölkerung. In Ar Ratheen an der Grenze zum Negev haben die Bauern unter der massiven Bedrohung und gewaltsamen Übergriffen durch Siedler ihre Höfe mittlerweile aufgegeben. Die Hofstellen wurden von den israelischen Siedlern zerstört. Weitere Bauernhöfe in Khirbet Simri, wo die Vertreibung bereits 2022 begonnen hat, wurden ebenfalls zerstört, die Bauernfamilien vertrieben.

In Tuba, am Rande der Raumschaft Masafer Yatta gelegen, haben Siedler und Armee das Dorf umstellt. Siedler sind gewalttätig ins Dorf eingedrungen und haben die Wasserversorgung zerstört. Wie in Susija können die Viehherden nicht mehr getränkt und nicht mehr auf die Weide geführt werden. Die Beduinen in Um al Khair, ebenfalls am Rande von Masafer Yatta, haben ihr gesamtes Weideland an Siedler verloren, die Wasserversorgung ist zerstört, das Dorf abgeriegelt.

Die Siedlerüberfälle auf Dörfer und Bauernhöfe erfolgen Tag und Nacht und bekommen permanenten Charakter, die Familien werden schwer traumatisiert. Stellen sich Bauern den Siedlern in den Weg, werden diese krankenhaushausreif geprügelt, wie jüngst in Shib-al Butum und Susija oder die Siedler machen wie in At Tuwani von der Schusswaffe Gebrauch. Die Moschee von Djimba in den South Hebron Hills wurde am 27.10.2023 zerstört.

Am 29. Oktober haben Siedler einen behinderten Beduinenhirten in Umm al Khair erschossen.

Beispiele: Seit Mai 2023 wurden die Bewohner:innen folgender Dörfer vertrieben: Ein Samia, Ras a-Tin, Al-Baqah, Al-Qabun (alle nördliche Westbank), Wedadie a-Tahta (South Hebron Hills). Teilweise sind es Beduinen-Gemeinschaften die bereits in den frühen 50er Jahren aus dem Negev vertrieben worden waren.

Seit dem 7.10.2023 erleben Ortschaften wie die Gemeinde Susija südlich von Yatta eine Totalabriegelung. Die Wasserversorgung wurde von den Siedlern zerstört, Ziegen und Schafe können nicht mehr auf die Weiden geführt werden,

das Vieh verhungert und verdurstet, die Hofstellen des Dorfes wurden geplündert, die Einrichtungen zertrümmert. Die Olivenenernte kann nicht eingebracht werden.



NEUES UNESCO-WELTKULTURERBE: TELL ES-SULTAN BEI JERICO

Die archäologische Stätte Tell es-Sultan, etwas abseits des Stadtzentrums von Jericho im Jordantal im besetzten Westjordanland ist seit September 2023 UNESCO-Weltkulturerbe. Es handelt sich um Überreste einer der ersten bekannten Siedlungen, in denen Menschen ab dem zehnten Jahrtausend vor Christus sesshaft wurden. Um 7000 v. Chr. wurden hier die Köpfe einiger Verstorbener mit einer Lehmmodellierung beerdigt – eine der ersten nachweisbaren religiösen Ehrbezeugungen in der Region. In der Bronzezeit wurde hier eine der ersten nennenswerten Städte des Nahen Ostens errichtet: eine strukturierte und unterteilte Siedlung, die auf eine soziale Organisation hinweist, mit Stadtmauern und Palästen, die in der Nähe des Jordan und einer lokalen Quelle gedeihen konnten.

UN-SONDERBERICHT-ERSTATTERIN ZUR SITUATION VON MENSCHENRECHTEN IN PALÄSTINA

UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese hat am 14. Juni 2023 einen 24-seitigen detaillierten Bericht über die völkerrechtswidrige Besetzung Palästinas vorgelegt, der alle Bereiche des Siedlerkolonialismus beschreibt. In der Zusammenfassung heißt es, die Verstöße stellen internationale Verbrechen dar, die nach dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs und der Weltgerichtsbarkeit strafbar sind. Die Besetzung Israels war ein Instrument der kolonialen Eroberung durch Siedler. „Der inhärente Rassendualismus bildet die Säule des israelischen Siedler-Kolonial-Apartheidregimes, das sich gegen Palästinenser richtet und ihnen grundlegende Rechte raubt.“

Den ganzen Bericht kann man abrufen unter: [A_HCR_53_59_AdvancedVersion.pdf](#)

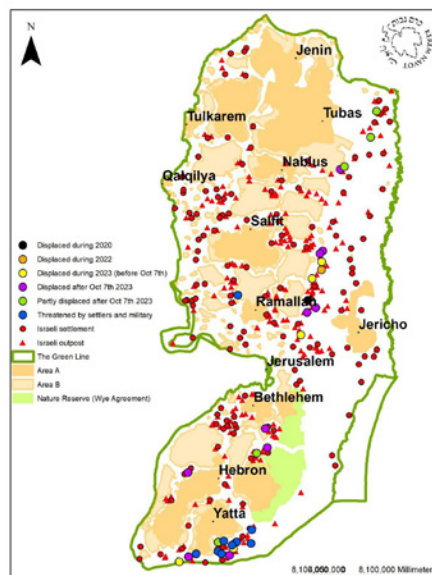


FOTO // © AMNESTY INTERNATIONAL

Das palästinensische Beduinen-Dorf Ras Jrabah in der Wüste Negev/Naqab
(Archivaufnahme vom Januar 2022)



OBERSTER GERICHTSHOF ISRAELS GENEHMIGT ZERSTÖRUNG DES DORFS RAS JRABAH

Die sog. Justizreform der Regierung Netanjahu ist ein Angriff auf die Unabhängigkeit der Gerichte. Dagegen hatten wochenlang hunderttausende jüdischer Israelis protestiert und dazu aufgerufen, „die Demokratie zu verteidigen“. Das Gerichtswesen war aber schon lange vor der derzeitigen Regierung Teil des herrschenden Apartheidsystems. Ein aktuelles Beispiel belegt dies erneut. Es handelt sich um die Stadt Dimona im Negev, die auch als Standort des israelischen Atomprogramms bekannt ist. Deren Stadtverwaltung will das benachbarte Dorf Ras Jrabah mit seinen 84 Hektar einverleiben und die 500 palästinensischen Einwohner:innen vertreiben. Das Dorf besteht seit fast 100 Jahren und ist älter als der Staat Israel. Es ist eines von Hunderten „nicht anerkannter Dörfer“ in der Region, denen der Staat grundlegende Infrastruktur und Dienstleistungen verweigert, während er die Ausweitung jüdischer Siedlungen betreibt. Als die Stadt Dimona den Bau des neuen Viertels auf dem Boden von Ras Jrabah beschloss und 2022 von der damaligen Innenministerin A. Shaked Rückendeckung erhielt, baten die Bewohner:innen darum, in dem neuen Stadtteil verbleiben zu dürfen. Die Stadtspitze lehnte dies ab, weil sie keine Juden seien. In dem folgenden Rechtsstreit entschied schließlich der Oberste Gerichtshof am 27. Juli gegen sie, er legte ihnen 28.000 € Gebühren auf und ordnete an, dass sie bis März 2024 ihre Häuser entschädigungslos räumen müssen. Nach dem Völkerrecht ein klarer Fall von ethnischer Säuberung. Der Gerichtshof hätte befinden können, dass die Errichtung eines rein jüdischen Viertels ein illegaler Akt von Apartheid ist. Stattdessen hat er, wie in vielen Fällen zuvor, die Berufung der Dorfbewohner abgelehnt.

HERMANN DIERKES

SAUDI-ARABIENS VERÄNDERTE PALÄSTINA-POLITIK

In einem Interview mit dem US-Sender Fox News am 20. September hat der saudische Kronprinz Bin Salman signalisiert, dass er bereit ist, Forderungen nach einem palästinensischen Staat abzuschwächen. Offiziell verfolgt das Königreich weiterhin den „Abdullah-Plan“ von 2002. Dieser Plan der Arabischen Liga bietet die Normalisierung der Beziehungen zu Israel im Gegenzug zur Gründung eines palästinensischen Staates auf den von Siedlungen befreiten Gebieten von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt an. Israel lehnt die Einrichtung eines für die Palästinensische Autonomiebehörde zuständigen Generalkonsulates von Saudi-Arabien in Jerusalem ab. Saudi-Arabien hat den saudischen Botschafter in Jordanien, Najef al-Sudairi, auch zum Botschafter für die besetzten Palästinensischen Gebiete ernannt. Die Botschaft in Amman teilte mit, Al-Sudairi werde auch als Generalkonsul in Jerusalem tätig sein.



FOTO // © SAUDISCHE BOTSCHAFT AMMAN

HINRICHTUNGEN IN PALÄSTINA

Im Jahr 2022 sind im besetzten Palästina fünf Hinrichtungen vollstreckt worden. Palästina hat sich über internationale Abkommen verpflichtet, Hinrichtungen abzuschaffen. Zum ersten Mal seit 2017 hat die Hamas im vergangenen Jahr fünf Gefangene hingerichtet. Drei wurden wegen Mordes und zwei wegen „Kollaboration“ mit Israel verurteilt. Keiner der hingerichteten Gefangenen hatte zudem die Möglichkeit, um Gnade oder Begnadigung zu bitten. Die ersten außergerichtlichen Hinrichtungen im Westjordanland seit dem Ende der zweiten Intifada im Jahr 2005 fanden im April 2023 in Nablus statt. Diese Hinrichtung eines Kollaborateurs durch die palästinensische Gruppe Höhle des Löwen spiegelt das schwindende Vertrauen der palästinensischen Gesellschaft in die palästinensische Autonomiebehörde wider, der sie vorwerfen, dass sie aufgrund der Sicherheitskoordination mit Israel im Rahmen der Osloer Abkommen keine Spione verfolgt, schreiben die Schweizer Palästina-News.

PALÄSTINENSISCHE FRAUEN UND MÄDCHEN WARTEN AUF GESETZ, DAS SIE VOR GEWALT SCHÜTZT

Trotz eines Erlasses des Ministerrats aus dem Jahr 2018, den Gesetzentwurf zum Schutz von Frauen an den Präsidenten zur Genehmigung und Verkündung per Präsidialdekret zu übermitteln (in Ermangelung eines funktionierenden palästinensischen Parlaments) verzögert sich der Gesetzentwurf weiter. Die erheblichen Verzögerungen werden auf die voraussichtlichen Kosten für die Umsetzung des Gesetzes (z. B. die Erhöhung der Zahl der Schutzhäuser, der Beratungsstellen und anderer Schutz- und Rechtshilfedienste) sowie auf den mangelnden politischen Willen zur Verabschiedung eines Gesetzes zurückgeführt, das als gesellschaftlich umstritten angesehen werden könnte. Frauen und Mädchen, die von Gewalt bedroht sind oder diese überlebt haben, werden somit weiterhin ohne ein umfassendes nationales Rechtsschutzsystem und ohne Gerechtigkeit gelassen. Quelle: ESCWA-Berichte Juli 2020-Juni 2022.

NEUE VISAREGELUNG

Die US-Botschaft Jerusalem macht auf eine wichtige Visa-Neuregelung für Palästinenser:innen, die US-Staatsangehörige und gleichzeitig einen Pass der „Palästinensischen Autorität/PA“ besitzen. Sie dürfen nun über den Flughafen Lod/Ben Gurion nach Israel einreisen. Die Regelung gilt probeweise für zwei Monate. Palästinenser:innen mit deutschen Pass und PA-Pass müssen über Jordanien via Amman/Jordanien und Allenby Brücke/Jericho einreisen.

WILLKÜRLICHE FESTNAHME VON PROFESSOR IMAD BARGHOUTI

Am 23. Oktober wurde Professor Imad Barghouti, Astrophysiker an der Al-Quds Universität, wieder verhaftet und ins israelische Ofer-Gefängnis gebracht. Seine Familie, Kollegen und die Scientists4Palestine sind sehr besorgt über seine Verhaftung. Wegen schlechter Haftbedingungen sind bereits zwei Palästinenser in israelischer Haft verstorben. Barghouti war bereits 2020 fast ein Jahr in Haft ohne Gerichtsprozess.



KEIN GELD FÜR DIE ENTWICKLUNG PALÄSTINENSISCHER ORTSCHAFTEN IN ISRAEL

Der israelische Finanzminister Bezalel Smotrich hat im Juli die Auszahlung von 200 Millionen NIS (etwa 55 Millionen US-Dollar) für die wirtschaftliche Entwicklung palästinensischer Städte in Israel verweigert. Mehr noch, Smotrich hat angekündigt, Gelder zur Entwicklung von Ostjerusalem für fünf Jahre einzufrieren. Laut Amnesty wurden in Israel seit 1948 700 neue jüdische Gemeinden gegründet aber keine einzige ‚arabische‘ (außer im Negev, wo Beduinen zwangsumgesiedelt werden sollen). Die palästinensische Bevölkerung hat sich aber seit 1948 mehr als verzehnfacht.

TÖTUNG VON PALÄSTINENSERN

Nach Angaben von UN-OCHA sind bis zum 21.8.2023 von israelischen Streitkräften bereits mehr Palästinenser im Westjordanland einschließlich Ostjerusalems und in Israel getötet worden als im ganzen Jahr davor, 172, darunter 38 Kinder gegenüber 155 (2022). 29 Israelis wurden bisher im Jahr 2023 im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, und in Israel bei palästinensischen Angriffen getötet. Im Jahr zuvor waren es sechs Tote. Seit Jahresbeginn wurden insgesamt 705 Palästinenser von israelischen Streitkräften im Westjordanland mit scharfer Munition verletzt, fast doppelt so viele wie im Vergleichszeitraum 2022.

MILITÄRGEWALT GEGEN SCHULKINDER

Bei der Begleitung von Schüler:innen in der H2 Zone im geteilten Al-Khalil/Hebron hat das Community Peacemaker Teams (CPT) Palästina im Wintersemester eine erschreckende Eskalation der israelischen Militärgewalt gegen Schulkinder beobachtet. Tränengas und Schallgranaten wurden häufig und grundlos gegen Kinder und andere palästinensische Zivilisten eingesetzt, wodurch das Lernen stark behindert wurde. Das Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) zählte in der H2 Zone etwa 20 israelische Militärkontrollpunkte, 8 Teilkontrollpunkte, 40 Straßensperren, 8 Straßentore und 45 andere Hindernisse. CPT, das mit Partnern wie dem Ökumenischen Begleitprogramm des Ökumenischen Rates der Kirchen in Palästina und Israel (EAPPI) zusammenarbeitet, dokumentierte in seinem Jahresbericht Verstöße wie die Durchsuchung von Taschen, die Festnahme von Kindern und die Anwendung von Gewalt gegen Schüler:innen.



Stellungnahme der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft (DPG e.V.) zur Entwicklung in Gaza

Gewalt und Krieg führen nicht zum Frieden

Die DPG verurteilt die Massaker an israelischen Zivilisten durch die Hamas. Zugleich protestieren wir aufs Schärfste gegen den Rachefeldzug der israelischen Regierung gegen die Zivilbevölkerung des Gazastreifens. Viele Palästinenser befürchten, dass Israel unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terror eine zweite Nakba vorbereiten könnte: die Vertreibung der Bewohner in die ägyptische Wüste Sinai.

Die DPG ergreift nicht für bestimmte palästinensische Organisationen, sei es die al-Fatah, die Hamas oder andere Gruppierungen Partei, sondern setzt sich für die Rechte des palästinensischen Volkes – allen voran die Beendigung der völkerrechtswidrigen Besatzung – ein. Nichtsdesto-trotz möchten wir feststellen, dass die Ursachen der nicht enden wollenden Gewaltspirale in der jahrzehntelangen völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik, der Gewalt und der Schikanen durch radikale „Siedler“ und der Entweihung Muslimen und Christen heiligen Stätten durch rechtsradikale Israelis liegt.

Allein in diesem Jahr wurden vor Beginn der aktuellen Auseinandersetzungen mehr als 200 palästinensische Zivilisten, darunter 38 Kinder, in der Westbank von Besatzungssoldaten oder Siedlern erschossen.

Für die Palästinenser ist die Nakba nicht nur ein historischer Erinnerungstag, sondern eine sich fortsetzende Erfahrung: Um den Siedlungsbau in der Westbank voranzutreiben wird täglich palästinensischer Boden konfisziert, Häuser und Schulen werden zerstört, Menschen aus ihren Dörfern vertrieben. Landwirtschaftliche Flächen und Jahrhunderte alte Oliven-Plantagen – die Lebensgrundlage palästinensischer Bauern – werden zerstört. Diese Maßnahmen verstoßen gegen Artikel 49 der Vierten Genfer Konvention, die auch Israel unterzeichnet hat. Mauern und Sperranlagen wurden gebaut, die nach einem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs völkerrechtswidrig sind. Der Gazastreifen wurde wie ein „Freiluftgefängnis“ abgeriegelt. Über Tausend Palästinenser sind oft seit Jahren ohne Gerichtsverfahren inhaftiert („Administrativhaft“), darunter 147 Minderjährige.

ART. 49 DER VIERTEN GENFER KONVENTION

- „Zwangsweise Einzel oder Massenumsiedlungen sowie Deportationen von geschützten Personen aus besetztem Gebiet nach dem Gebiet der Besetzungsmacht oder dem irgendeines anderen besetzten oder unbesetzten Staates sind ohne Rücksicht auf ihren Beweggrund verboten.
- Immerhin kann die Besetzungsmacht eine vollständige oder teilweise Evakuierung eines bestimmten besetzten Gebietes durchführen, wenn die Sicherheit der Bevölkerung oder zwingende militärische Gründe dies erfordern. Solche Evakuierungen dürfen nicht die Umsiedlungen von geschützten Personen in Gebiete außerhalb der Grenzen des besetzten Gebietes zur Folge haben, es sei denn, eine solche Umsiedlung ließe sich aus materiellen Gründen nicht vermeiden. Unmittelbar nach Beendigung der Feindseligkeiten in dem in Frage stehenden Gebiet soll die so evakuierte Bevölkerung in ihre Heimstätten zurückgeführt werden.
- Die Besetzungsmacht hat bei der Durchführung derartiger Umsiedlungen oder Evakuierungen im Rahmen des Möglichen dafür zu sorgen, dass angemessene Unterkunft für die Aufnahme der geschützten Personen vorgesehen wird, dass die Umsiedlung in Bezug auf Sauberkeit, Hygiene, Sicherheit und Verpflegung unter befriedigenden Bedingungen durchgeführt wird und Mitglieder derselben Familie nicht voneinander getrennt werden.
- Die Schutzmacht soll von allen Umsiedlungen und Evakuierungen verständigt werden, sobald sie stattgefunden haben.
- Die Besetzungsmacht darf geschützte Personen nicht einer in besonders den Kriegsgefahren ausgesetzten Gegend zurückhalten, sofern nicht die Sicherheit der Bevölkerung oder zwingende militärische Gründe dies erfordern.
- Die Besetzungsmacht darf nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder umsiedeln.“

Es ist die anhaltende Ungerechtigkeit und Unterdrückung, der das palästinensische Volk ausgesetzt ist, die zu der explosiven Situation dieser Tage geführt hat. Frieden und Sicherheit in der Region können nicht hergestellt werden, solange die täglichen Provokationen und terroristische Angriffe von „Siedlern“ und Besatzungstruppen anhalten, solange der politische Prozess blo-



Heba Zagout, geboren 1984 in Gaza, getötet am 13. Oktober 2023 in Gaza

ckiert bleibt und das palästinensische Volk nicht in die Lage versetzt wird, sein legitimes Recht auf Selbstbestimmung auszuüben und seinen eigenen Staat zu gründen, solange der völkerrechtswidrige Siedlungsbau und die Landnahme nicht gestoppt werden und die Angriffe auf die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem und christliche heilige Stätten andauern.

Die aktuelle militärische Auseinandersetzung zwischen der Hamas und Israel wird in den europäischen Medien unterschiedlich beschrieben. Wäh-

rend die deutschen Medien fast ausschließlich und gebetsmühlenartig von israelischen „Opfern“ und palästinensischen „Terroristen“ sprechen, keine oder selten Kontexte beleuchtet werden, bemühen sich ausländische Medien u.a. in England und der Schweiz trotz einer kriegsähnlich aufgeheizten Entwicklung um sachliche und objektive Berichterstattung. Der mediale Mainstream übernimmt einseitig die Perspektive der israelischen Regierung und Militärführung, ohne dass Raum für differenzierte nachdenkliche Argumentationen bleibt. Verweise auf jahrzehntelang kumulierte

Konflikte und mögliche Ursachen werden umstandslos als Ablenkung und Täter-Opfer-Umkehr gebrandmarkt. Selbst hochangesehene internationale Experten, die die völkerrechtswidrige Besatzungspraxis Israels kritisieren, werden des „israelbezogenen Antisemitismus“ bezichtigt.

Ohne eine umfassende und gerechte Lösung der offenen Palästinafrage wird auch Israel nicht in der Lage sein, Sicherheit im eigenen Land zu schaffen. Militärische Siege ohne einen echten Friedensschluss erweisen sich immer wieder als

Illusion. Nach 75 Jahren des Leidens und der Vertreibung ist immer noch keine Lösung für das palästinensische Volk absehbar. Stattdessen zieht es die internationale Gemeinschaft vor, zu den kriminellen und rassistischen Praktiken der israelischen Besatzungstruppen und radikaler „Siedlerorganisationen“ zu schweigen.

Sicherheit, Stabilität und Frieden in der Region des Nahen Ostens können nur durch die Gerechtigkeit, Freiheit und Unabhängigkeit des palästinensischen Volkes erreicht werden. Die Abkehr

von unterzeichneten Abkommen durch Israel und die Nichteinhaltung international gültiger UN-Resolutionen führten letztlich zur Zerstörung eines Friedensprozesses, der diesen Namen verdient. Die DPG tritt für die Gründung eines unabhängigen, souveränen palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt entsprechend der Beschlüsse der Vereinten Nationen ein. Gleichzeitig fordern wir die Klärung des Rückkehrrechts der palästinensischen Flüchtlinge auf der Basis der UN-Resolution 194.

Wir möchten abschließend noch einmal betonen: Die DPG verurteilt auf das Schärfste die Gewalt und setzt sich für eine friedliche Lösung ein. Es gibt keine militärische Lösung für diese jahrzehntelange vielschichtige und komplexe Situation zwischen Palästinensern und Israelis. Nur ein Ende der völkerrechtswidrigen Besatzung und ein eigener Staat für die Palästinenser wird eine nachhaltige Gewaltfreiheit ermöglichen.

Erklärungen von jüdischen Organisationen und Persönlichkeiten

Nicht in unserem Namen

„Die israelische Regierung mag gerade erst den Krieg erklärt haben, aber der Krieg gegen die Palästinenser begann vor über 75 Jahren. Die israelische Apartheid und die Besatzung sind die Ursache all dieser Gewalt. Die Realität wird bestimmt durch den Moment ihrer Einleitung.

Im vergangenen Jahr hat die rassistischste, fundamentalistischste und rechtsextremste Regierung in der Geschichte Israels ihre militärische Besatzung der Palästinenser im Namen der jüdischen Vorherrschaft rücksichtslos eskaliert mit gewaltsamen Vertreibungen und Hauszerstörungen, Massentötungen, militärischen Razzien in Flüchtlingslagern, unerbittlicher Belagerung und täglicher Demütigung. In den letzten Wochen haben israelische Streitkräfte wiederholt die heiligsten muslimischen Stätten in Jerusalem gestürmt.

Seit 16 Jahren erstickt die israelische Regierung die Palästinenser im Gazastreifen mit einer drakonischen Luft-, See- und Land-Militärblockade, hält zwei Millionen Menschen gefangen, lässt sie hungern und verweigert ihnen medizinische Hilfe. Die israelische Regierung richtet routinemäßig Massaker an den Palästinensern in Gaza an. Bereits Zehnjährige in Gaza sind in ihrem kurzen Leben durch sieben große Bomben-Angriffe traumatisiert.

Seit 75 Jahren hält die israelische Regierung eine militärische Besatzung der Palästinenser aufrecht und praktiziert ein Apartheidregime. Palästinensische Kinder werden im Morgengrauen bei Razzien von israelischen Soldaten aus ihren Betten gezerrt und ohne Anklage in israelischen Militärgefängnissen festgehalten. Häuser von Palästinensern werden von israelischen Siedlerbanden in Brand gesteckt oder von der israelischen Armee zerstört. Ganze palästinensische Dorfgemeinschaften sind gezwungen zu fliehen und ihre Häuser, Obstgärten und Ländereien, die seit Generationen im Familienbesitz sind, zu verlassen.“

(Erklärung der „JÜDISCHEN STIMME FÜR EINEN GERECHTEN FRIEDEN IM NAHEN OSTEN“, 10. Oktober 2023)

GIDEON LEVY

Der israelische Journalist Gideon Levy schreibt in einer persönlichen Stellungnahme vom 8. Oktober 2023: „Gestern sah Israel Bilder, die es noch nie in seinem Leben gesehen hatte: palästinensische Mi-

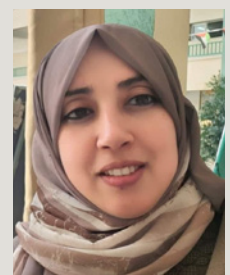


litärfahrzeuge, die seine Städte patrouillierten, und Radfahrer aus Gaza, die durch seine Tore fuhren. Diese Bilder sollten den Mantel der Arroganz reißen. Die Palästinenser in Gaza haben entschieden, dass sie bereit sind, für einen Blick auf die Freiheit alles zu zahlen.

Gibt es dafür Hoffnung? NEIN. Wird Israel seine Lektion lernen? NEIN“

HEBA ZAGOUT

Die Tragik der palästinensischen Bevölkerung verdeutlicht exemplarisch die im Bombenhagel der Israelis auf Gaza mit ihrer Familie umgekommene junge Künstlerin



Heba Zagout, die sich stets für Frieden und Verständigung einsetzte, wie sie es in ihren Kunstwerken und Texten ausdrückt: „We are always looking for safety in our lives. We may find it in love or security, but we will keep looking for it“. Heba Zagout, war eine Acryl-Künstlerin. Sie hat das tägliche palästinensische Leben in seiner Vielfalt und Kultur auch unter Besatzung farbig gestaltet.

SITUATIONSBERICHT FÜR GAZA

Gazastreifen: Vom 7. bis 30. Oktober wurden mindestens 8.005 Menschen getötet, 41,5% davon sind Kinder (3325). Opfer nach Geschlecht: 45% weiblich und 55% männlich und über 20.000 Verletzte, (Angaben des Gesundheitsministeriums). 1870 Menschen, darunter 1020 Kinder, gelten als vermisst und sind möglicherweise unter Trümmern verschüttet.

Nach Angaben der israelischen Behörden wurden 1400 Israelis und ausländische Staatsangehörige getötet, 5.431 verletzt und 239 als Geiseln genommen.

Gaza: 1,4 Millionen Binnen-Vertriebene, anhaltende Belagerung die den Zugang zu lebenswichtigen Gütern sowie die Ein- und Ausreise von humanitären Helfern und die Evakuierung von Verletzten/Kranken stark einschränkt.

Gesundheitseinrichtungen und Krankenwagen leiden unter akutem Mangel an Treibstoff, Strom und Medikamenten.

34 % der Krankenhäuser sind nicht funktionsfähig; 119 % der Krankenhausbetten in 7 größeren Krankenhäusern sind belegt, im Shifa-Krankenhaus sind 165 % erreicht.

28 Krankenwagen sind aufgrund von Schäden oder Treibstoffmangel außer Betrieb.

Die Telekommunikation in Gaza (einschließlich Mobilfunk und Internet) war vom Abend des 27. bis zum 29. Oktober unterbrochen.

Die UNRWA-Unterkünfte meldeten Tausende Fälle von akuten Atemwegsinfektionen, Durchfall, Windpocken, Hautinfektionen, einschließlich Krätze. Das Fehlen von Wasch-Möglichkeiten in Gesundheitseinrichtungen und Unterkünften bedeutet ein unmittelbares Risiko des Ausbruchs von Infektionskrankheiten.

Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem: Zunehmende Siedler- und Militärgewalt, einschließlich Luftangriffen und scharfer Munition. Vollständige Blockade der Kontrollpunkte zwischen palästinensischen Städten und Schließung mehrerer Gemeinden, wodurch der Zugang für Patient:innen, medizinisches Personal und Krankenwagen eingeschränkt wird. Fast 1.000 Palästinenser wurden seit dem 7. Oktober zwangsumgesiedelt.

WHOopt

DIE WICHTIGSTEN MENSCHENRECHTS-VERLETZUNGEN, DENEN DIE PALÄSTINENSER*INNEN DURCH DIE ISRAELISCHE BESATZUNG AUSGESETZT SIND

- Bau- und Ausbau von völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen
- Vertreibungen und Häuserzerstörungen
- Zwangsumsiedlung
- Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und Kollektivstrafe
- Enteignung von Rohstoffen
- Einschränkungen der Rechte auf ein Familienleben und eine Existenzgrundlage
- Willkürliche Verhaftungen, Verwaltungshaft und unfaire Gerichtsverfahren
- Folter und andere Misshandlung
- Ungesetzliche Tötungen
- Einschränkungen der Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit

QUELLE // 50 JAHRE ISRAELISCHE BESATZUNG AMNESTY INTERNATIONAL
WWW.AMNESTY-KOELN-GRUPPE2415.DE

WICHTIGE LINKS

- Vereinte Nationen in Palästina
www.ochaopt.org
- Renommierte palästinensische Menschenrechtsorganisation
www.alhaq.org
- Renommierte israelische Menschenrechtsorganisation
www.btselem.org
- Deutscher Koordinationskreis Palästina Israel – für ein Ende der Besatzung und für einen gerechten Frieden (KoPI)
www.kopi-online.de/wordpress
- Palästinensische Mission, die diplomatische Vertretung Palästinas in Deutschland
www.palaestina.org

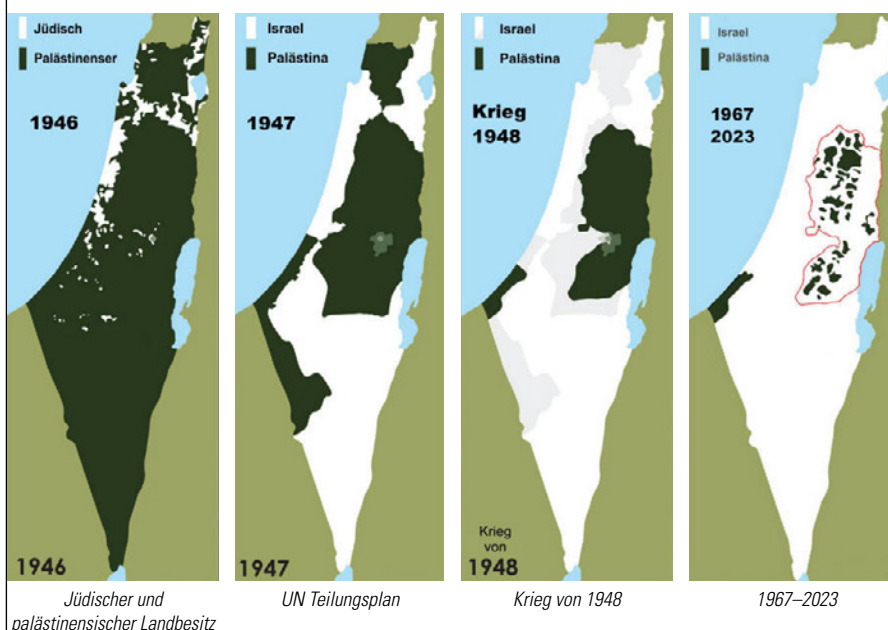


BUCH //
EMPFEHLUNG
ZUM WEITER-
LESEN

Muriel Asseburg:
Palästina und die
Palästinenser.

Eine Geschichte von der Nakba bis zur Gegenwart,
Verlag: C.H.Beck,
München 2021

DIE FORTSCHREITENDE ANNEXION PALÄSTINAS



Überfall der israelischen Armee

Dschenin: Ein Augenzeugenbericht

Der Arzt und Politiker Dr. Mustafa Barghouti war ab dem zweiten Tag des israelischen Überfalls (3. bis 5. Juli 2023) auf Dschenin im Westjordanland direkt vor Ort und wurde so zum Augenzeugen und Überlebenden der israelischen Angriffe, bei denen zwölf Palästinenser, darunter vier Kinder, getötet wurden. Am 7. Juli berichtete er Palestine Deep Dive, einer unabhängigen palästinensischen Medienplattform. Für das Palästina Journal wurde sein Bericht gekürzt.

Der israelische Angriff auf Dschenin ist in keiner Weise gerechtfertigt. Er richtete sich nicht nur gegen das Lager Dschenin selbst, sondern gegen die gesamte Stadt Dschenin. Israel setzte sein gesamtes Waffenarsenal ein. Gepanzerte Fahrzeuge und schließlich Panzer. Sie setzten Apache-Hubschrauber, F-16-Kampffjets ein. Sie setzten Raketen und Drohnen ein, um vor allem die Zivilbevölkerung anzugreifen. Sie griffen eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt an, das Flüchtlingslager von Dschenin, in dem 16.000 Menschen auf einer Fläche von weniger als einem halben Quadratkilometer leben.

SIE KAMEN MIT GEPANZERTEN BULLDOZERN

Die israelische Armee hatte das Ziel, die Menschen, die sich gegen die Besatzung wehren, festzunehmen oder zu töten. Dies ist ihnen jedoch nicht gelungen, mit Ausnahme der Tötung von zwölf Menschen, darunter vier Kinder unter 17 Jahren. Da sie gescheitert sind, haben sie willkürliche Verhaftungen von Menschen vorgenommen, die nicht wirklich am Widerstand beteiligt sind. Die israelischen Panzer und Bulldozer verursachten große Schäden. Sie kamen mit gepanzerten Bulldozern, um die Hauptstraßen und das Lager zu durchpflügen, Häuser und viele Autos zu zerstören. Dann setzten sie viele Gebäude sowohl in Dschenin als auch im Lager in Brand. Ebenso setzten sie Drohnen ein, die Raketen auf die Zivilbevölkerung abschossen. Ich war in vielen Häusern, die vollständig zerstört waren. Es war wie ein Wunder, dass nicht noch mehr Menschen getötet wurden, aber nicht weniger als 200 Menschen wurden verletzt. Die offizielle Zahl lautet 130 Verletzte, aber in Wirklichkeit ziehen es viele Menschen vor, sich zu Hause behandeln zu lassen, anstatt ins Krankenhaus zu gehen, aus Angst, verhaftet zu werden. Ich habe die wichtigsten Krankenhäuser in Dschenin besucht, die sich ganz in der Nähe des Lagers befinden, und ich habe Verletzte gesehen. Ich sah Menschen, auf die geschossen wurde, in der Absicht sie zu töten. Die Verletzten hatten Kugeln in den Bauch, in die Brust und in die Beine bekommen. Alle Kugeln, die verwendet wurden, waren Hochgeschwindigkeitsgeschosse, und das Ziel war es zu töten. Ich

habe einen Mann gesehen, dem in den Kopf geschossen wurde. Sein Gehirn war zerschmettert, und bevor wir das Krankenhaus verließen, wurde er für tot erklärt. Aber auch innerhalb der Häuser verübten sie schreckliche Massaker, schreckliche Angriffe auf Menschen. Die Familien erzählten mir, dass die Armee durch die Hauswände in ihr Haus eingedrungen sei.

HAUSBESETZUNGEN

Sie zogen von einem Haus zum anderen, indem sie Löcher in die Wände schlugen, und plötzlich sahen die Familien die Soldaten vor sich. Sie trennten die Männer von den Frauen, legten ihnen Handschellen an, sperrten sie in einen separaten Raum und verhafteten dann die meisten von ihnen, während die Frauen in einem anderen Bereich isoliert, aber alle in einem Raum gehalten wurden. Die Armee schaltet routinemäßig den Strom ab. Wie Sie wissen, ist es in der Gegend sehr heiß und es ist Sommer, so dass die Menschen in den Räumen ohne Wasser, ohne Essen, ohne Vorräte und bei sehr heißem Wetter festsaßen. Viele von ihnen sind ältere Menschen, die an Bluthochdruck, Diabetes und Herzkrankheiten leiden.

Sie wurden zwei Tage lang in diesem Zustand gehalten, während die Armee die restlichen Räume des Hauses nutzte. In vielen Fällen benutzten sie die Häuser der Menschen, um Schusspositionen für die israelischen Scharfschützen einzurichten, damit sie auf Menschen schießen können, von denen sie glauben, dass sie am Widerstand beteiligt sind. Viele Familien erzählten mir, dass ihr Geld von den Soldaten gestohlen wurde. Ich habe gesehen, und ich habe ein Foto davon ... Es gibt kleine Sparkasschen, in denen die Kinder ihr Geld aufbewahren, es ist natürlich wenig Geld. Sie haben diese

Schachteln zerbrochen, die den Kindern gehörten. Eine davon hatte die Form eines Spielzeugs, und sie nahmen das Geld dieser Kinder mit.

Darüber hinaus isolierten sie die Kinder in bestimmten Fällen in einem Raum mit einem Offizier oder einem Soldaten, der sie verhörte und versuchte, sie zu zwingen, gegen ihre Familien auszusagen, zum Beispiel, dass ihre Familie Waffen besitzen würde. Wenn es ihnen nicht gelang, die Kinder zu dieser Aussage zu zwingen, brachten sie einen Hund in den Raum, um die von ihren Familien isolierten Kinder zu erschrecken. Dies ist das Verhalten der israelischen Armee. Darüber hinaus griffen sie die Krankenwagen an und hinderten die medizinischen Teams daran, die Verletzten rechtzeitig zu erreichen. Ein Mann namens Hamesia wurde angeschossen und verblutete, seine Leiche wurde erst Stunden später gefunden, weil die Armee kein medizinisches Personal in seine Nähe ließ.

BESCHUSS

Krankenwagen wurden beschossen, Erste-Hilfe-Teams wurden beschossen, und auf Journalisten wurde geschossen. Es gibt ein Video, auf dem zu sehen ist, wie die israelische Armee zehnmal aus einem gepanzerten Fahrzeug auf eine Fernsehkamera und das Fernsighteam des Senders Al-Araby TV schießt. Nur durch ein Wunder wurde verhindert, dass diese Journalisten getötet wurden, wie es zuvor bei Shireen Abu Akleh in der gleichen Gegend geschehen ist. Es ist nicht verwunderlich, dass sie so mit unseren Journalisten verfahren. In den letzten zehn Jahren hat die israelische Armee 52 palästinensische Journalisten getötet.

Bisher hat die israelische Armee [in diesem Jahr] insgesamt 197 Palästinenser getötet und viele, viele Hundert verletzt. Dies sind die höchsten





Zahlen seit 2005. Der Angriff auf Dschenin ist gescheitert, und zwar in dem Sinne, dass die Personen, hinter denen sie her waren, nicht gefasst werden konnten.

RESILIENZ IN DSCHENIN

Netanjahu hat sehr deutlich erklärt, dass es sein Ziel ist, nicht nur die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates zu verhindern, sondern die gesamte Idee einer palästinensischen Staatlichkeit aus den Köpfen der Menschen zu entfernen. Er und seine faschistische Regierung haben Pläne zum Ausbau der Siedlungen in einem noch nie dagewesenen Tempo angekündigt. Unterdessen möchte ich den großen Geist der Resilienz und Solidarität loben, den die Palästinenser im Lager Dschenin und untereinander gezeigt haben, denn heute war ich mit einem medizinischen Team zusammen, das aus Ramallah, Jerusalem und aus Tulkarem mit der *Palestinian Medical Relief Society*, der Organisation, die ich leite, ange-reist war. Sie alle waren im Lager, um den Menschen zu helfen und sie zu behandeln. Aus dem ganzen Land kamen Menschen, um die Kinder im Lager Dschenin mit Milch, Lebensmitteln und Hygieneartikeln zu versorgen, und viele Gemeinden in der Umgebung von Dschenin schickten ihre Traktoren und Maschinen, um bei der Instandsetzung des schrecklichen Zustandes der Infrastruktur zu helfen, den die israelische Armee verursacht hatte. Wasserleitungen wurden gekappt, Straßen mit Bulldozern aufgerissen, Sanitäranlagen zerstört und die Stromversorgung komplett unterbrochen.

OSLO-ABKOMMEN

Die junge Generation und ich selbst haben die Hoffnung in den so genannten Friedensprozess schon lange verloren, aber was haben wir denn? Das Oslo-Abkommen wurde 1993, also vor genau 30 Jahren, unterzeichnet. Israel behinderte die Umsetzung des Oslo-Abkommens, das nur ein Interimsabkommen für sechs Jahre sein sollte, das zur Gründung eines palästinensischen Staates führen sollte. Yitzhak Rabin, der dieses Abkommen unterzeichnete, wurde von einem israelischen Extremisten ermordet. Netanjahu hetzte die israelische Öffentlichkeit gegen die israelische Regierung auf, die das Osloer Abkommen unterzeichnet hatte. Netanjahu schrieb 1994 ein Buch mit dem Titel „Ein Platz unter der Sonne“, in dem er versprach, dass er den Oslo-Prozess beenden und die Gründung eines palästinensischen Staates verhindern werde. Genau das hat er getan. Wenn Israel das Lager Dschenin angreift, eine Zivilbevölkerung, wenn es Flüchtlinge angreift, die 1948 aus ihrem Land, aus ihrer Heimat vertrieben wurden und unter schrecklichen Bedingungen in einem Flüchtlingslager leben, das unter israelischer Besatzung steht, wenn Israel ein solches Flüchtlingslager angreift, das sich unter seiner Besatzung in einer sehr schlechten Lage befindet, mit seiner militärischen Macht, mit seinen Panzern, mit seinen Flugzeugen, mit seinen Drohnen, mit seinen Düsenjägern, wenn es das tut, dann ist es völlig inakzeptabel, dass die Welt schweigt und mehr noch, dass einige Länder der Welt Israel ermutigen.

GRÜNES LICHT FÜR AGGRESSION

Die Erklärungen der Regierung der Vereinigten Staaten und der britischen Regierung, dass Israel das Recht hat, sich zu verteidigen, sind nichts anderes als ein grünes Licht für diese Aggression. Was ist mit dem palästinensischen Volk, das unter israelischer Besatzung steht? Haben wir nicht das Recht, uns zu verteidigen, oder sind wir für sie Untermenschen? Ich finde es beschämend, dass das britische Parlament darüber diskutiert, die friedlichste Form des Widerstands zu verhindern, nämlich Boykott, Desinvestition und Sanktionen. Die Anwendung von BDS, wie es in Südafrika geschehen ist, ist nichts anderes als ein Akt der Meinungsfreiheit, der Freiheit der Menschen, gegen Ungerechtigkeit zu kämpfen, der Freiheit der Menschen, gegen die Besatzung und das System der Apartheid zu protestieren.

Dieser Standpunkt macht jene Menschen, die Aussagen machen wie **„Israel hat das Recht, sich zu verteidigen“** zu Komplizen an den Kriegsverbrechen, die Israel gegen das palästinensische Volk begangen hat und weiterhin begeht. Das ganze Gerede über die Zwei-Staaten-Lösung ist nichts weiter als eine Floskel, die niemanden überzeugt. Wenn es den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Europa wirklich ernst wäre mit einem palästinensischen Staat, hätten sie den palästinensischen Staat anerkannt und ihre Anerkennung nicht auf Israel beschränkt. Wenn es ihnen mit einer Zweistaatenlösung ernst wäre, hätten sie sofort Druck auf Israel ausgeübt und Sanktionen verhängt, um es zu zwingen, die illegalen Siedlungsaktivitäten einzustellen, von denen diese Länder zugeben, dass sie die Möglichkeit eines palästinensischen Staates und einer Zweistaatenlösung zunichtemachen. Ich denke, das ganze Gerede über eine Zwei-Staaten-Lösung ist nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver, das Israel mehr Zeit verschafft, um seine eigentliche Aufgabe zu Ende zu bringen, nämlich die Annexion des Westjordanlandes und die völlige Ausschaltung jeder Möglichkeit einer Zwei-Staaten-Lösung.

GLEICHE RECHTE

Und wir sagen: Auch wenn Israel die Zweistaatenlösung zerstört hat, heißt das nicht, dass es unsere Hoffnung auf Freiheit zerstört hat. Sie haben eine neue Realität geschaffen, nämlich eine Ein-Staaten-Realität, eine Ein-Apartheid-Staat-Realität, zu der die Alternative nur ein demokratischer Staat sein kann, in dem die Palästinenser nicht nur als Bürger, sondern auch als Nation gleiche Rechte genießen würden, gleiche Bürgerrechte und gleiche nationale Rechte. Dies ist die einzige Lösung für die Situation eines einzigen Apartheidstaates.

MUSTAFA BARGHOUTI ist Vorsitzender der Palästinensischen Nationalen Initiative und Präsident der *Palestinian Medical Relief Society*.

Neue Maßnahmen der israelischen Regierung gegen die Palästinenser:innen

Benachteiligung der Palästinenser:innen wird, nicht nur in Gaza und im Westjordanland, sondern auch in Israel gesetzlich fortgesetzt

Die Methoden der Vertreibung durch damalige jüdische Untergrundorganisationen – lange vor der Gründung des Staates Israel – und die späteren und jetzigen Maßnahmen der israelischen Regierungen zur Minimierung der palästinensischen Bevölkerung halten bis in unsere Zeit an. Während Israelis im ganzen Land dafür demonstrierten, das **Oberste Gericht** als Symbol der Demokratie zu schützen, haben die Richter:innen dieser Rechtsinstanz Palästinenser:innen kaum Schutz gewährt. Die bisherigen Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs, so israelische Palästinenser vertretende Anwälte von Yesh Din, sind ein weiterer Beweis für Israels Apartheid-Herrschaft in den besetzten Gebieten und dafür, dass das Oberste Gericht zur Normalisierung dieses völkerrechtswidrig handelnden Staates beiträgt.

Die amtierende rechte und religiös-jüdisch geleitete israelische Regierung erklärt in ihrer Koalitionsvereinbarung, dass sie ein **„Duales Rechtssystem“** einführen will. Dieses steht im Einklang mit dem israelischen Nationalstaatsgesetz von 2018, das Juden und Nicht-Juden unterscheidet, wobei den Juden ein exklusives Recht und die Hoheit auf das gesamte Land eingeräumt wird. Andere nennen das Apartheid, so zum Beispiel der Philosoph Moshe Zuckermann und der Haaretz-Journalist Gideon Levy. Die derzeitige Regierung setzt die Benachteiligung der Palästinenser:innen, nicht nur in Gaza oder in der Westbank, sondern auch in Israel gesetzlich fort.

Zum Nachteil der palästinensischen Bevölkerung haben sämtliche israelische Regierungen je nach Bedarf das Osmanische, das Britische oder das Jordanische Gesetz angewendet, verändert oder Teile daraus gestrichen. Nach dem noch in der Westjordanland gültigen jordanischen Recht ist **der Verkauf von Land** nur an im Westjordanland registrierte Personen und Unternehmen erlaubt, also nur an Palästinenser:innen. Für die israelischen Gerichte spielt dieser Passus keine Rolle. Mit dem Gesetzentwurf „Aufhebung des jordanischen Landerwerbsgesetzes“ (Nr. 5778–2018 – P/24/3677) beabsichtigt die israelische Regierung diese jordanische Verordnung und eine Änderung, die der Militärkommandant 1971 vorgenommen hatte aufzuheben. Die Aufhebung wird den Landverkauf an Juden und Jüdinnen im Westjordan-

land erleichtert. Die israelische Amtssprache für dieses Gesetz lautet: *„Beendigung der Diskriminierung beim Landerwerb in Judäa und Samaria (Aufhebung des jordanischen Rechts)“*. Damit wird die Judaisierung des besetzten Westjordanlandes vorangetrieben.

Der palästinensische Stadtteil Silwan südlich der Altstadt von Jerusalem wurde nach und nach in den **„König David Nationalpark“** oder „City of David“ einbezogen, der von einer Siedlerorganisation betrieben wird. Einheimische mussten ihre Häuser verlassen oder gar jüdischen Bewohner:innen zur Verfügung stellen. Als nächstes will die israelische Regierung einen **Nationalpark auf dem Ölberg** von Ost-Jerusalem ausweiten – unter anderem auf kirchlichem Land. Jerusalemer Kirchenführer sehen darin einen gezielten Angriff auf christliche Rechte und protestierten in einem gemeinsamen Brief an die zuständige Ministerin. Wie bei vielen solcher Vorhaben wird auch dieses Gebiet eines Tages jüdischen Siedlerorganisationen zur Verfügung gestellt.

Jeder und jede Palästinareisende/r kennt Thymian „Za‘tar“ als tägliches Gewürz und Kamille als Tee- und Heilpflanze. Diese Pflanzen wachsen wild und werden von der einheimischen Bevölkerung Palästinas seit Generationen behutsam gepflegt, getrocknet und genutzt. Plötzlich wurden diese Pflanzen von der israelischen Regierung unter **„Naturschutz“** gestellt. Das Pflücken dieser Pflanzen ist nun verboten und unter Strafe gestellt. Ein weiterer Bezug zu ihrem Land wurde den Palästinenser:innen damit entzogen.

Der jetzige israelische Finanzminister und für die besetzten Gebiete im Verteidigungsministerium zuständige Bezalel Smotrich sieht **keinerlei Berechtigung für einen Palästinenserstaat**. Mehrere palästinensischen Diplomaten der Palästinensischen Autonomiebehörde hat er bei ihrer Rückkehr aus dem Ausland den VIP-Passierschein für Reisen ins Ausland entziehen lassen. Außerdem ordnete er an, dass der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) zustehende Gelder, die er als „Mörder- und Terroristengeld“ bezeichnet, nicht ausgezahlt werden. Die Bürgermeister in Israel hat er ermächtigt, Fördermittel an palästinensische Organisationen zu stoppen und Genehmigungen zum Bau von Wohnungen zu verweigern.

Die Beteiligung von Itamar Ben-Gvir und seiner Partei in der israelischen Regierung markiert eine neue Stufe des Rassismus in Israel. Sie zielt darauf ab, die Palästinenser:innen durch Enteignung und Gewalt so unter Druck zu setzen, dass sie das Land freiwillig verlassen. Und wenn sie dennoch bleiben, dann müssten sie wissen, wer „Herr des Landes“ sei. Die dritte Option sieht er in der Umsiedlung, nicht ohne Gewalt und Tod. Als Minister für Nationale Sicherheit und Grenzpolizei ist Ben-Gvir mit aller Macht ausgestattet, das Leben von Palästinenser:innen und Juden, die der israelischen Politik kritisch gegenüber stehen zu erschweren. Der Minister betonte, er werde keinen Soldaten oder bewaffneten Siedler, der Palästinenser erschießt, strafrechtlich verfolgen lassen. Die besetzten Gebiete sind für ihn „von Jordanien befreite Gebiete Israels“. Er spricht sich für die Todesstrafe von palästinensischen Gefangenen aus. Jetzt schon hat er per Erlass die Besuchs- und die Bewegungszeiten der Gefangenen in den Gefängnissen halbiert.

Beide Minister, Smotrich und Ben Gvir leben in jüdischen Siedlungen und wollen die **Besiedlung des ganzen Landes** vorantreiben, vor allem um Jerusalem, im Negev, in Galiläa, auf den Golanhöhen und im Jordantal. All diese Gebiete und darüber hinaus betrachten sie als Teile des ihnen von Gott rechtmäßig gegebenen Erez Israel. Aus diesem Grunde räumen sie den ohnehin militanten Siedlern das Recht auf noch mehr Bewaffnung ein und befeuern ihre Aggression gegen die palästinensischen Ortschaften und ihre Eigentümer.

Von 2020 bis 2022 dokumentierte die israelische NGO Yesh Din 402 Anzeigen, bei denen Siedler Palästinenser:innen oder ihr Eigentum geschädigt haben. In 248 Fällen erstatteten die Opfer Anzeige bei der Polizei, woraufhin eine Untersuchung eingeleitet wurde. 154 der Verbrechenopfer (38 %) entschieden sich dafür, keine Anzeige bei der Polizei einzureichen, so dass die Gewalt gegen sie nie untersucht wurden. Von den 154 äußerten 88 Personen ihr Misstrauen gegenüber den israelischen Behörden und 37 befürchteten, dass die Einreichung einer Beschwerde, ihnen schaden könnte und, dass ihre israelische Arbeits- oder Einreiseerlaubnis widerrufen würde. An solchen Taten beteiligte Siedler, die sogar mit scharfer Munition schießen, Olivenbäume in Brand setzen

und palästinensisches Eigentum mutwillig zerstören, bleiben unter dem Schutz der neu geschaffenen Nationalarmee von Ben Gvir.

Nach Angaben des israelischen Militärs wurden von 2017 bis 2021 insgesamt 1.260 Fälle von mutmaßlichen Straftaten israelischer Soldat:innen gegen Palästinenser:innen angezeigt. Insgesamt wurden 248 strafrechtliche Ermittlungsverfahren eingeleitet. Nur 11 Ermittlungen mündeten in Anklagen gegen Soldaten wegen Vergehen gegen Palästinenser. Nur drei davon waren Fälle, bei denen Palästinenser getötet wurden. Mit anderen Worten, es ist relativ unwahrscheinlich, unter einem Prozent, dass Soldaten strafrechtlich verfolgt werden.

Palästinensische Familien dürfen nicht bauen oder bestehende Bauten erweitern. Die israelischen Behörden erteilen keine Baugenehmigungen. Die dann aus Not gebauten Wohnungen werden als „illegale“ Wohnungen zerstört und auf Kosten ihrer Eigentümer abgerissen. Die neue Regierung fügt nun eine weitere Strafmaßnahme hinzu. Das „Gesetz zur Verweigerung israelischer Einreisegenehmigungen“ Nr. P/25/1104 vom 1.2.2023 soll als zusätzliche **Durchsetzungsmaßnahme** dienen, um das „grassierende palästinensische illegale Bauen“ zu vereiteln und „Baustraftäter“ davon abzuhalten, Baudelikte zu begehen. Personen, die eine solche Straftat begehen, werden die Einreise oder Arbeit in Israel verweigert.

Der Gesetzentwurf P/24/3060 vom 17.1.2023 zielt darauf ab, israelisches Recht und Souveränität („das Recht, die Gerichtsbarkeit und die Verwaltung des Staates“) auf Siedlungen in einem Gebiet anzuwenden, das der israelischen Militärbesatzung unterliegt, und sie an Jerusalem anzugliedern, um eine jüdische Mehrheit in der Stadt zu erhalten, was de facto eine **Annexion Ost-Jerusalems** bedeutet. Das Gesetz listet die Siedlungen *Beitar Illit*, *Ma'ale Adumim*, *Giv'at Ze'ev*, *Gush Etzion* und *Efrat* auf.

Im Gesetzentwurf P/25/1193 vom 1.2.2023, sollen das israelische Recht und die Souveränität („das Recht, die Gerichtsbarkeit und die Verwaltung des Staates“) auf Siedlungen in der Region Hebron im Westjordanland angewendet werden, die der israelischen Militärbesatzung unterliegt, und sie

EINE AUSWAHL WEITERER GESETZE

Annexion des Jordantal-Gesetzes 12/12/2022 – P/25/236 – Anwendung der israelischen Souveränität auf das Jordantal-Gesetz 5783–2022

Israelisches Recht und Souveränität soll auf das Jordantal und die Siedlungen in seiner Umgebung angewendet werden und so das Gebiet an Israel anzugliedern. Der Gesetzentwurf listet die folgenden Siedlungen auf: alle Siedlungen des Jordantals, einschließlich Kochav Hashachar, Rimmonim, Ma'ale Mikhmas, Mitzpe Hagit, Neve Erez, Nofei Prat, Anatot, Kfar Adumim, Mitzpe Yeriho, Migdalim, die Handels- und Industriegebiete, archäologische Stätten und Straßen in den von Israel kontrollierten C-Gebieten.

Annexion des Jordantals (Verleihung der Staatsbürgerschaft) – 12/12/2022 – P/25/237

Der Gesetzentwurf sieht einen schrittweisen (und vorläufigen) Weg für die Gewährung der Staatsbürgerschaft an palästinensische Einwohner in den annektierten Gebieten vor.

Annexion des Jordantals und des Gesetzes über das nördliche Tote Meer – 12/12/2022 – P/25/247

Dieser Gesetzentwurf zielt darauf ab, israelisches Recht und Souveränität auf das Jordantal und das nördliche Tote Meer anzuwenden, das der israelischen Militärbesatzung unterliegt, und damit das Gebiet an Israel anzugliedern.

Annexion des Westbank-Gesetzes – 12/12/2022 – P/25/212

Israelisches Recht und Souveränität („das Recht, die Gerichtsbarkeit und die Verwaltung des Staates“) soll auf alle „Siedlungsgebiete“ im Westjordanland angewendet werden, die der israelischen Militärbesatzung unterliegen, und damit das Gebiet an Israel angegliedert werden. Dieser Gesetzentwurf schlägt im Wesentlichen vor, die Apartheid im Westjordanland durch die Knesset Gesetzgebung zu formalisieren.

somit an Israel angliedern. Der Gesetzentwurf listet die Siedlung *Kiryat Arba* und die Siedlungen im Mount Hebron Regional Council auf, einschließlich Gewerbe- und Industriegebieten, archäologischen Stätten, Straßen und alle staatlichen Grundstücke

Aufhebung des Entflechtungsgesetzes – Direkte Gesetzgebung der Knesset in den besetzten Gebieten – 12/12/2022 – P/25/73

Dadurch sollen israelische Zivilisten auf palästinensischem Privatland bleiben dürfen. Bislang ist die Knesset nicht der Souverän im Westjordanland, das unter einem Besatzungsregime steht, und hat dort keine gesetzgebende Befugnis. Der Gesetzentwurf, der durch die Interessen und Erwägungen der Knesset motiviert ist, ermächtigt auch den Verteidigungsminister, seine Bestimmungen durchzusetzen, und stellt somit eine direkte Gesetzgebung für das besetzte Gebiet dar.

Änderung der Rechts- und Verwaltungs- verordnung (Gesetzgebung in diesem Bereich durch Verordnung) Gesetz- entwurf 5782–2022 – 05/09/2022 – P/24/3759

Jedes neue Gesetz, das von der Knesset verabschiedet wird, wird innerhalb von 45 Tagen durch einen Militärbefehl des IDF-Kommandeurs in „Judäa und Samaria“ in Kraft gesetzt.

Anwendung des israelischen Land-, Planungs- und Baurechts auf die Sied- lungen – 03/09/2022 – P/24/3662

Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, die in Israel geltenden Land-, Planungs- und Baugesetze auf Siedlungen im Westjordanland anzuwenden. Die Anwendung der Gesetze erfolgt durch einen vom Militärkommandanten unterzeichneten Militärbefehl. Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, den Ermessensspielraum des Militärkommandeurs – des Gesetzgebers in den besetzten Gebieten – in diesen Angelegenheiten aufzuheben und diese Macht auf die israelische Knesset zu übertragen. Der militärische Befehlshaber muss bislang auch die Interessen der besetzten Zivilbevölkerung berücksichtigen.

zwischen den Siedlungen und in der Zone C und beinhaltet die **Annexion von Hebron**.

NAZIH MUSHARBASH

Israel – Ein Staat der Zeitweiligkeit?

Der am 10. September 1923 in Beckum geborene israelische Journalist, Friedensaktivist und Politiker Uri Avnery wäre in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden. Er starb am 20. August 2018 in Tel Aviv. Hier dokumentieren wir den letzten Beitrag aus der Feder dieses großen politischen Denkers, in dem er sich mit der Judaisierung auseinandersetzt.



Uri Avnery

Wer zum Teufel sind wir?

Vor Jahren hatte ich ein freundschaftliches Gespräch mit Ariel Scharon. Ich sagte zu ihm: „**Ich bin in erster Linie Israeli. Erst danach bin ich Jude.**“

Er antwortete hitzig: „**Ich bin in erster Linie Jude und erst danach bin ich Israeli!**“

Das mag sich nach einer überflüssigen Debatte anhören. Aber in Wirklichkeit ist eben das die Frage, die im Zentrum all unserer Grundprobleme steht. Sie liegt der Krise zugrunde, die jetzt Israel in Stücke reißt.

Der unmittelbare Grund für diese Krise ist das Gesetz, das in der letzten Woche von der rechten Mehrheit in der Knesset in aller Eile verabschiedet wurde. Es trägt den Titel: „Grundlegendes Gesetz: Israel ist der Nationalstaat des jüdischen Volkes“.

Es ist ein Verfassungsgesetz. Als Israel im Krieg von 1948 gegründet wurde, führte es keine Verfassung ein. Es gab Schwierigkeiten mit der religiösen Gemeinschaft der Orthodoxen, die die Einigung auf eine gemeinsame Formulierung unmöglich machten. Stattdessen verlas David Ben-Gurion eine „Unabhängigkeitserklärung“. Darin wurde verkündet: „**Wir gründen den jüdischen Staat, nämlich den Staat Israel.**“

Die Erklärung wurde nicht zum Gesetz. Der Oberste Gerichtshof nahm seine Prinzipien an, ohne dass er eine Rechtsgrundlage gehabt hätte. Das neue Dokument hingegen ist ein verbindliches Gesetz.

Was ist an dem neuen Gesetz, das auf den ersten Blick wie eine Abschrift der Erklärung wirkt, nun also das Neue? Es enthält zwei wichtige Auslassungen: In der Erklärung war von einem „**jüdischen und demokratischen**“ Staat die Rede und allen Bürgern des Staates wurde ohne Unterschied von Religion, Volkszugehörigkeit und Geschlecht vollkommene Gleichberechtigung zugesagt. Beides ist verschwunden. Keine Demokratie. Keine Gleichberechtigung. Ein Staat der Juden für die Juden von den Juden.

Die Ersten, die aufschrien, waren die Drusen. Die Drusen sind eine kleine, aber starke Minderheit. Sie schicken ihre Söhne in die israelische Armee und Polizei und betrachten sich als „Blutsbrüder“. Plötzlich sind sie all ihrer Rechte und ihres Zugehörigkeitsgefühls beraubt.

Sind sie Araber oder nicht? Muslime oder nicht? Das kommt darauf an, wer wo zu welchem Zweck spricht. Sie drohen mit Demonstrationen, damit, dass sie die Armee verlassen und allgemein rebellieren werden. Benjamin Netanjahu versucht sie zu bestechen, aber sie sind eine stolze Gemeinschaft.

In der Hauptsache geht es jedoch nicht um die Drusen. Im neuen Gesetz werden die 1,8 Millionen Araber, die israelische Bürger sind, vollkommen ignoriert, auch die Beduinen und die Christen unter ihnen. (Niemand denkt auch an die Hunderttausende europäischer Christen, die mit ihren jüdischen Ehepartnern und anderen Verwandten vor allem aus Russland eingewandert sind.) Die arabische Sprache mit all ihrem Glanz, die bisher eine der beiden Amtssprachen war, wurde auf einen bloßen „besonderen Status“ herabgestuft – was das auch bedeuten mag. (Alles das bezieht sich auf das eigentliche Israel, nicht auf die etwa fünf Millionen Araber im besetzten Westjordanland und im Gazastreifen, die überhaupt keine Rechte haben.)

Netanjahu verteidigt dieses Gesetz wie ein Löwe gegen die zunehmende Kritik von innen. Er hat öffentlich erklärt, dass alle jüdischen Kritiker des Gesetzes Linke und Verräter (das sind ohnehin Synonyme) seien, „**die vergessen haben, was es bedeutet, Jude zu sein.**“ Und genau darum geht es.

Vor Jahren forderten meine Freunde und ich den Obersten Gerichtshof auf, die Eintragung unter „Nationalität“ in unseren Ausweisen von „jüdisch“ in „israelisch“ abzuändern. Das Gericht lehnte ab und behauptete, es gebe keine israelische Nation. Das offizielle Register kennt fast hundert Nationen, aber keine israelische.

Die seltsame Situation entstand mit dem Zionismus im späten 19. Jahrhundert. Es war eine jüdische Bewegung, die dazu entworfen worden war, die Jüdische Frage zu lösen. Die Siedler in Palästina waren Juden. Das ganze Projekt war eng mit der jüdischen religiösen Tradition verbunden. Als aber eine zweite Generation von Siedlern aufwuchs, fühlte sie sich unbehaglich, wenn sie nur einfach Juden – wie Juden in Brooklyn oder Krakau – sein sollten. Sie empfanden sich als etwas Neues, Anderes, Besonderes.

Die Extremsten waren die Angehörigen einer kleinen Gruppe junger Dichter und Künstler, die 1941 eine Organisation gründeten und dann den Spitznamen „Kanaaniter“ bekamen. Sie verkündeten, wir seien eine neue hebräische Nation. In ihrer Begeisterung gingen sie bis zum Äußersten und erklärten, sie hätten nichts mit den Juden im Ausland zu tun und es gebe keine arabische Nation – Araber seien einfach nur Hebräer, die den Islam angenommen hätten.

Dann kam die Nachricht vom Holocaust, die Kanaaniter gerieten in Vergessenheit und alle wurden reumütig zu Superjuden. Oder doch nicht ganz. Ohne dass wir viel nachdachten, machte meine Generation in ihrer Umgangssprache einen deutlichen Unterschied: es hieß jüdische Diaspora und hebräische Landwirtschaft, jüdische Geschichte und hebräische Bataillone, jüdische Religion und hebräische Sprache. Als die Briten noch hier waren, nahm ich an Dutzenden von Demonstrationen teil, bei denen wir schrien: „**Freie Einwanderung! Hebräischer Staat!**“ Ich kann mich nicht erinnern, dass auch nur bei einer einzigen Demonstration irgendjemand „**jüdischer Staat!**“ geschrien hätte.

Warum war also in der Unabhängigkeitserklärung von einem „jüdischen Staat“ die Rede? Es war eine Bezugnahme auf die UN-Resolution. Darin wurde die Teilung Palästinas in einen arabischen und einen jüdischen Staat verfügt. Die Staatsgründer stellten einfach fest, dass wir den in der Resolution genannten jüdischen Staat nun errichtet hätten.

FOTO // RÖM, 2006

Uri Avnery nahm an vielen Friedensdemonstrationen teil. Hier protestiert er mit Palästinenser:innen und Israelis an der Sperranlage bei Bilin im Westjordanland (weißer Haarschopf am Metallgitter, rechte Bildseite) Mit einem Stein in der Hand klopfte er auf die Barriere und skandierte mit den anderen: „This wall must fall“ bis der Tränengaseinsatz der israelischen Armee alle zum Rückzug zwang.



Der legendäre Vorfahr des Likud Vladimir Jabotinsky schrieb eine Hymne, in der es hieß: „**Ein Hebräer ist ein Fürstensohn**“. Tatsächlich ist es ein ganz natürlicher Prozess. Eine Nation ist eine territoriale Einheit. Sie ist durch Landschaft, Klima, Geschichte und Nachbarn bedingt. Als sich Briten in Amerika ansiedelten, hatten sie nach einiger Zeit das Gefühl, sie seien anders als die Briten, die sie auf ihrer Insel zurückgelassen hatten. Sie wurden zu Amerikanern. Die britischen Sträflinge, die in den entfernten Osten geschickt worden waren, wurden Australier. In zwei Weltkriegen eilten Australier Britannien zur Hilfe, aber sie waren keine Briten. Sie sind eine stolze neue Nation. Ebenso die Kanadier, Neuseeländer und Argentinier. Und wir eben auch.

Oder wir wären es jedenfalls geworden, wenn die offizielle Ideologie das zugelassen hätte. Was war geschehen?

Zuerst einmal gab es in den frühen Fünfzigerjahren die riesigen Einwanderungswellen aus der arabischen Welt und aus Osteuropa. Auf jeden Hebräer kamen zwei, drei, vier neue Einwanderer, die sich als Juden betrachteten. Dann brauchten wir Geld und politische Unterstützung von den Juden im Ausland, besonders denen in den USA. Diese betrachteten sich zwar als vollkommene und wahre Amerikaner (wage ja nicht, dem zu widersprechen, du verdammter Antisemit!), aber sie waren doch froh, irgendwo einen jüdischen Staat zu wissen.

Und dann gab (und gibt!) es eine strikte Regierungspolitik, die darauf aus ist, alles zu judaisieren. Die gegenwärtige Regierung hat in dieser Hinsicht neue Höhen erklommen. In aktiven – ja geradezu fanatischen – Regierungsaktionen wird versucht, alles zu judaisieren: die Erziehung, die Kultur, sogar den Sport. Die kleine Minderheit der orthodoxen Juden in Israel übt enormen Einfluss aus. Ihr Votum in der Knesset entscheidet über Netanjahus Regierung.

Als der Staat Israel gegründet wurde, wurde das Wort „hebräisch“ durch das Wort „israelisch“ ersetzt. Hebräisch ist jetzt nur noch eine Sprache. Gibt es nun also eine israelische Nation? Natürlich gibt es die. Gibt es eine jüdische Nation? Natürlich gibt es die nicht.

Juden sind Mitglieder eines ethnisch-religiösen Volkes. Sie sind in der Welt zerstreut, gehören vielen Nationen an und die meisten fühlen sich eng mit Israel verbunden. Wir, die wir hier im Land leben, gehören zur israelischen Nation, die ein Teil des jüdischen Volkes ist.

Es ist sehr wichtig, dass wir das erkennen. Es entscheidet ganz buchstäblich über unsere Blickrichtung: Blicken wir in Richtung der jüdischen Zentren in New York, London, Paris und Berlin oder blicken wir in Richtung unserer Nachbarn in Damaskus, Beirut und Kairo? Gehört unser Land zu einer Region, die von Arabern bewohnt wird?

Machen wir uns klar, dass Frieden schließen mit den Arabern und besonders den Palästinensern die Hauptaufgabe dieser Generation ist?

Wir sind in diesem Land nicht Bewohner auf Zeit und wir sind nicht jeden Augenblick bereit, uns unseren jüdischen Brüdern und Schwestern in anderen Ländern der Erde zuzugesellen. Wir gehören zu diesem Land und wir werden hier noch viele künftige Generationen leben. Deshalb müssen wir zu friedlichen Nachbarn in der Region werden, die ich schon vor 75 Jahren „die semitische Region“ genannt habe.

Das neue Nationen-Gesetz zeigt uns eben durch seine halbfaschistische Natur, wie dringlich diese Debatte ist. Wir müssen entscheiden, wer wir sind, was wir wollen und wohin wir gehören. Andernfalls ist unser Staat dazu verdammt, dauerhaft ein Staat der Zeitweiligkeit zu sein.

Aus den Englischen von **INGRID VON HEISELER**.

Folgende Bücher aus dem Palmyra Verlag sind noch lieferbar:

Uri Avnery: Zwei Völker – Zwei Staaten.

Uri Avnery: Ein Leben für den Frieden

Uri Avnery/Azmi Bishara: Die Jerusalemfrage – Israelis und Palästinenser im Gespräch

Haifas verschwundene palästinensische Bourgeoisie

Die Geschichte der Boutagy-Familie ist exemplarisch für die Bemühungen der palästinensischen Mittelschicht, ihren Status nach der Nakba zu behalten.

Die Geschichte der Familie Boutagy in den Jahren nach der Nakba, während der Hunderttausende von Palästinensern entweder flohen oder aus ihrer Heimat vertrieben und gewaltsam an der Rückkehr gehindert wurden, ist die Ausnahme, die die Regel bestätigt. Die Anstrengungen, die die Familie unternahm, um zu bleiben, und die Gründe, warum sie Haifa schließlich einige Jahre später doch verließ, bezeugen die neue Realität, in der sich die Palästinenser innerhalb des neu gegründeten Staates Israel wiederfanden.

Die Welt der verbliebenen Palästinenser wurde zum einen durch neue Außengrenzen und die Abtrennung von der arabischen Welt bestimmt, zum anderen durch Binnengrenzen, die die Palästinenser zwischen Städten und Dörfern sowie zwischen Palästinensern und jüdischen Israelis in den Städten selber trennten.

Hayfa-Haifa ist ein einzigartiges Beispiel für das Studium des Status der urbanen Palästinenser, die Staatsbürger Israels wurden und die ich hier als *al-mutabaqqun* (die, die bleiben) bezeichne, in den ersten Jahren der Staatsbildung.

Das neunzehnte Jahrhundert stand im Zeichen des rapiden Wachstums und Wohlstands im gesamten Osmanischen Reich. Die *Tanzimat*-Reformen führten zu bedeutendem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wandel. Es war das Zeitalter der Erneuerung, der Modernisierung der Verwaltung sowie der zunehmenden Industrialisierung.

Hayfa profitierte von diesen Änderungen. Die Lage der Stadt an der Küste, der Ausbau des Hafens, der wachsende Warenaustausch mit Europa zusammen mit dem Bau der Hijazi-Eisenbahn im Jahr 1905 machten Hayfa zu einem Zentrum des maritimen und interkontinentalen Handels. Dies ermutigte Kaufmannsfamilien und Unternehmer aus anderen Städten Palästinas, Syriens und des Libanon sich in der Stadt niederzulassen. Eine dieser Familien waren die Boutagys, die ursprünglich aus Akkon (Akka) stammten.

Theophile Seraphim Boutagy, der später das Familienunternehmen T.S. Boutagy & Sons gründen sollte, wurde 1870 in Hayfa geboren. Seit Mitte der 1920er Jahre – auch dank der britischen Staatsbürgerschaft der Familie – spezialisierte sich das Geschäft der Boutagys auf den Warenimport aus Europa. Diese Artikel entsprachen so-

wohl dem Geschmack der Einheimischen als auch dem der Europäer, einschließlich der europäischen Juden, die sich in der Stadt niederließen. Das Unternehmen expandierte und eröffnete Filialen in Jaffa und Jerusalem. Die Familie erwarb Immobilien, darunter einen Strand, das Windsor Hotel in Hayfa und das Jerusalem Hotel in Jaffa.

Die offenen Grenzen in Bilad al-Sham (der Levante) – zu der das heutige Syrien, Libanon, Jordanien und Israel-Palästina gehören – waren eine wichtige Voraussetzung für den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufschwung in den Städten Palästinas. Diese Freizügigkeit trug auch zur Stärkung der arabisch-palästinensischen Identität bei und stärkte die nationalen Ambitionen der Palästinenser.

Der wachsende Widerstand gegen den britischen Kolonialismus und die zionistische Besiedlung stärkte zugleich die nationalen Forderungen der Palästinenser – ein Prozess, der 1936 mit dem Ausbruch der arabischen Revolte seinen Höhepunkt erreichte.

Im Gegensatz zu Charlie Boutagy, der während des Ersten Weltkriegs ein britischer Informant war, ist über die politischen Positionen von Emile Bouagaty, dem anderen Sohn von Theophile, der die Nachfolge seines Vaters in der Leitung des Familienunternehmens antrat, weit weniger bekannt. So war die Haltung von Emile Bouagaty gegenüber der arabischen Revolte scheinbar sehr widersprüchlich. Die hebräischsprachige Zeitung *Do'ar Hayom* berichtete im April 1936 über Emile Bouagatys energischen Widerstand gegen den sechsmonatigen Generalstreik, den die palästinensische Führung ausgerufen hatte. Zwei Jahre später, im Juli 1938, jedoch erwähnte eine andere hebräische Zeitung, *Davar*, ein von Emile unterzeichnetes Flugblatt, das zu Spenden für die „arabischen Helden“ des Aufstands aufrief. Emile selbst spendete 50 Pfund für die Aufständischen. Man kann davon ausgehen, dass beide Berichte zutrafen und dass er sich in einer Zeit der Konflikte und Risiken die Fähigkeit bewahren wollte, einen Spagat zwischen seinen kapitalistischen Bestrebungen und den guten Beziehungen zu den Briten einerseits und den wachsenden nationalen Bestrebungen der Palästinenser andererseits zu vollziehen.

Die britischen Mandatsbehörden verließen Hayfa im Juni 1948. Von diesem Moment an änderten sich die räumlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rea-



litäten in der Stadt drastisch, vor allem durch die „Operation Shikmona“ – einer israelischen Militäroperation, die zur Zerstörung der Altstadt von Hayfa nach dem Krieg führte. Entgegen der weit verbreiteten Meinung in der akademischen Literatur und der gängigen Erzählung wurde die Operation von lokalen Beamten des „Notfallkomitees“ der Stadt initiiert, einer Institution, der die wichtigsten Einrichtungen des Jischuvs, der in der Stadt lebenden Juden, angehörten und das sich nach dem Ende der britischen Herrschaft zur obersten zivilen Instanz in der Stadt erklärte. Der israelische Premierminister David Ben-Gurion unterstützte die Operation voll und ganz. Trotz ihres Widerstands und ihrer Proteste wurde die große Mehrheit der 3.200 in Haifa verbliebenen Palästinenser im Dezember 1948 in das „Ghetto“ im Stadtteil Wadi al-Nisnas verlegt, wo ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt war.

Wie zahlreiche andere palästinensische Bewohner von Haifa versuchte auch die Familie Boutagy so gut es ging, wenigstens einen Teil ihres bisherigen Lebens beizubehalten. Am 30. Juni 1948, als die Briten sich anschickten, die Stadt zu verlassen, schickte Emile Boutagy beispielsweise einen Brief an die Polizei von Haifa, den er im Namen von T.S. Boutagy & Sons verfasste:

„Wie Sie wissen, hat die Armee unser Gebäude in der Jaffa Road Nr. 30 abgeriegelt und uns daran gehindert, unseren Geschäften nachzugehen. Wir hoffen, dass sich mit der Evakuierung die Bedingungen wieder normalisieren und dass Sie die Straße für die Öffentlichkeit freigeben und uns erlauben, unsere Geschäfte wieder aufzunehmen.“

Zwei Wochen später schickte Boutagy einen weiteren Brief an Anwalt Yaakov Salomon, den Verbindungsoffizier [der Jewish Agency, d.Ü.] zu den Briten:

„Ich habe heute versucht, meine Farm in Tal Emile zu besuchen und wurde an der Straßensperre am Ende der asphaltierten Straße Ahuza angehalten und aufgefordert, eine Genehmigung bei Ihnen einzuholen. Ich bitte Sie höflichst, mir eine Genehmigung zu ertei-



len, damit ich meine Farm dreimal wöchentlich besuchen kann. Wie Sie wissen, habe ich einen kleinen Gutshof in Tal Emile, und auch meine Steinbrüche liegen zwischen Isifia und Daliat al Carmel.“

Um die Aufhebung der Restriktionen, die seinem Unternehmen auferlegt wurden, zu erreichen und die Umsiedlung seiner Familie ins Ghetto zu verhindern, versuchte Boutagy erneut, zwischen den Konfliktlinien zu manövrieren. Unter dem Mantel der Verschwiegenheit versuchte er behutsam, die Mitglieder der neuen Staatsmacht dazu zu bewegen, seinen Forderungen nachzukommen. Gleichzeitig deutete er an, dass er im Gegenzug zur Kooperation mit ihnen bereit wäre.

Im Juni 1948 richtete er erneut ein Schreiben an Harry Beilin, einen Vertreter des Verbindungsoffiziers der Jewish Agency zur britischen Armee in Haifa, das er im Unterschied zu früheren Briefen als „persönlich“ und „vertraulich“ kennzeichnete. In diesem bat er um Schutz für seine Familie und seine Mitarbeiter. **„Um nichtjüdische Elemente zur Zusammenarbeit mit Ihnen zu ermutigen, ist es unerlässlich, konkrete Beweise für Ihren guten Willen und Ihre guten Absichten zu erhalten, bevor man den Schritt wagt, eine Zusammenarbeit auf politischem Gebiet anzubieten“**, heißt es in dem Brief.

Im Juli schickte Boutagy ein weiteres vertrauliches Schreiben, diesmal an den Minister für Arbeit und Bauwesen Mordechai Bentov, in dem er darum bat, ihn und seine Familie nicht ins Ghetto zu verlegen. In dem Brief drückt Boutagy seine Loyalität gegenüber der „tapferen und edlen Rasse“ aus, der Bentov angehöre, und erklärte: **„Ich habe fast mein ganzes Leben unter Ihnen gelebt, so dass ich mich als integraler Bestandteil Ihrer Gemeinschaft fühle. In der gegenwärtigen Katastrophe möchte ich meinen bescheidenen Beitrag leisten, um in jeder möglichen Weise hilfreich und nützlich zu sein.“** Boutagy wies auch auf seinen christlichen Hintergrund hin und ermunterte Bentov, die

Freundschaft der „CHRISTEN“, sowohl der Araber als auch der Nicht-Araber, zu gewinnen. Boutagy empfahl Bentov auch, **„den großen BISHOP MUBARAK VON BEIRUT [gemeint ist der maronitische Erzbischof von Beirut, Ignace Mubarak, d.Ü.] zu kontaktieren, der ein sehr starker Befürworter des JÜDISCHEN STAATES ist“**, und bot seine Hilfe dabei an.

Der Befehl Nr. 12 des Haifa-Hauptquartiers der Haganah, der bekanntesten [jüdischen, d.Ü.] paramilitärischen Gruppe vor der Gründung des Staates Israel, der im April 1948 veröffentlicht wurde, definierte die Stadtteile, die als Wohngebiete für palästinensische Araber ausgewiesen waren. *Al-mutabaqqun*, darunter auch Boutagy, war bewußt, dass der Befehl zur Umsiedlung in das Ghetto nur an Araber erging.

Um die Chancen zu erhöhen, dass seinem Antrag auf Abwendung der Umsiedlung stattgegeben würde, begnügte sich Boutagy nicht damit, als Christ seine Zugehörigkeit zum jüdischen Staat zu beteuern, sondern bestritt seine arabische Identität. **„[...] Erstens bin ich kein Araber, denn meine Familie stammt aus MALTA und lebt seit vielen Jahren in ISRAEL. Zweitens haben wir nie in arabischen Vierteln sondern immer in jüdischen Vororten [...]“** gelebt, schrieb er in seinem Brief an Bentov.

Die uns vorliegenden Dokumente geben keinen Aufschluss darüber, ob Boutagys Antrag stattgegeben wurde. Wir können jedoch seinen Unterlagen entnehmen, dass die ihm nach 1948 erteilte Einfuhrlizenz nur sehr eingeschränkt galt und an sehr viele restriktivere Bedingungen gebunden war, anders als die, die anderen israelisch-jüdischen Händlern zu jener Zeit gewährt wurden. Diese Umstände veranlassten Boutagy am 1. April 1949, etwa ein Jahr nach der Nakba, einen weiteren Brief an den Minister für Minderheitenangelegenheiten, Bechor-Shalom Sheetrit, zu senden, in dem er um Hilfe bei der Ausreise bat. Diese Bitte wurde von Sheetrit als „rein persönliche Angelegenheit“ betrachtet, die sein Amt nicht betraf.

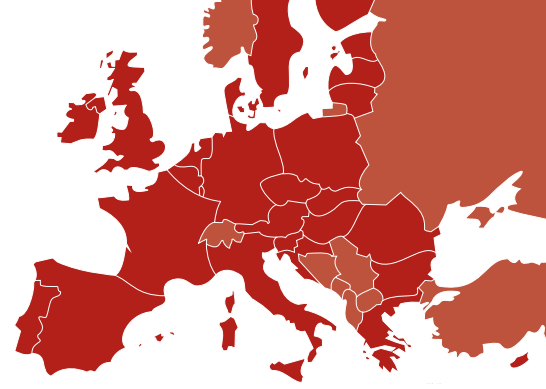
Es ist offensichtlich, dass sich die Situation der Familie Boutagy in den folgenden Jahren nicht verbesserte. 1952 schaltete Emile Boutagy eine Anzeige in der britischen Presse, unter anderem im Jewish Chronicle, der bekanntesten Zeitung der britischen jüdischen Gemeinde, in der er seinen Besitz zum Verkauf anbot. In einem Interview mit der israelischen Zeitung Maariv im April 1952 berichtete er, dass man ihm seine Importlizenzen entzogen habe, dass man den Strand, der ihm gehörte, enteignet habe und dass die Bitte, seine Facharbeiter aus dem Libanon zurückzuholen, abgeschlagen wurde. Resümierend beschrieb er seine Lage mit den Worten: **„Ich fühle mich in Israel eingesperrt.“** Einige Zeit nach dem Interview mit Maariv verließ Emile das Land, offenbar in Richtung Libanon. Ein paar Jahre später ließ sich die Familie in Australien nieder.

Für diejenigen, die blieben, die *Mutabaqqun*, markierte die Gründung von Haifa den Beginn der Zerstörung von Haifa: Der urbane Kosmopolitismus der Stadt wurde zerschlagen, da die Palästinenser von der Levante abgeschnitten waren und die wirtschaftlichen und kulturellen Netzwerke, die die Basis für den Wohlstand der Stadt waren, zerrissen wurden. Die israelische Raumordnungspolitik isolierte den urbanen *Mutabaqqun* von ihrem Kosmos: von der arabischen Welt, den umliegenden palästinensischen Dörfern und sogar innerhalb Stadt selbst. In dieser Realität gab es in Haifa keinen Platz mehr für diese „Männer des Kapitals“.

Für die Familie Boutagy war kein Platz in Haifa, und für ihre Geschichte war weder Platz in der palästinensischen noch in der zionistischen Geschichtsschreibung. Ihre Geschichte zeigt die Absurdität und Komplexität des Lebens der *Mutabaqqun* unmittelbar nach der Nakba. Sie stellt zudem die bloße Binarität von Heldentum und Schwäche, von Mitschuld und Widerstand in Frage.

Gleichzeitig ist es eine Geschichte, die das Trugbild einer „Koexistenz“ in Israels „gemischten Städten“ bloßstellt, ebenso wie die Behauptung, dass Israel den verbliebenen Palästinensern Demokratie, Fortschritt und wirtschaftlichen Wohlstand gebracht habe. Sie stellt ebenso die binäre Erzählung in Frage, wonach Israel mit „Modernität“ und „dem Westen“ identifiziert wird, im Gegensatz zu palästinensischen, arabischen und mizrachischen [arabischen Juden] Identitäten, die so oft als „anti-modern“ abgewertet werden.

HIMMAT ZOUBI ist Soziologin und feministische Aktivistin. Ihre Spezialgebiete sind: Historische und politische Soziologie, Städte im kolonialen Kontext, Palästinenser in Israel, palästinensische Frauen, städtische Ureinwohner in der kolonialen Siedlergesellschaft. *Der Beitrag wurde in erstmals auf Englisch am 6. Januar 2022 im +972mag veröffentlicht: <https://www.972mag.com/palestinian-bourgeoisie-boutagy-haifa/>.*



Deutsche und EU-Palästinapolitik

SPANISCHE MINISTERIN KRITISIERT GENOZID IN GAZA

Die spanische Regierung hat sich nach Angaben des Handelsblatts vom 18. Oktober einen heftigen Schlagabtausch mit der israelischen geleistet. Auslöser war unter anderem eine Bemerkung der linken geschäftsführenden Sozialministerin Ione Belarra, die Israel Genozid in Gaza vorgeworfen hat und erklärte, der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sollte wegen Kriegsverbrechen angeklagt werden. Die israelische Seite reagierte heftig. Außenminister Jose Manuel Albares erklärte schließlich, die spanische Regierung verurteile die Attacke der Hamas, Zivilisten in Gaza sollten aber geschützt werden.

KOMMT VERBOT VON SAMIDOUN IN DEUTSCHLAND?

Bundeskanzler Olaf Scholz hat am 12. Oktober 2023 angekündigt, das Samidoun Netzwerk, das palästinensische Gefangene unterstützt, in Deutschland verbieten zu wollen. Samidoun will gegen ein mögliches Verbot rechtlich vorgehen: „Wenn der deutsche Bundeskanzler und seine Regierung den völkermörderischen Krieg gegen Gaza unterstützen, der in diesem Moment stattfindet, kann es nicht überraschen, dass sie auch versuchen, die Fähigkeit von Palästinensern und Menschen mit Gewissen gegen diesen Krieg vorzugehen, zu kriminalisieren,“ erwiderte Samidoun. Gleichzeitig sei bekannt geworden, dass der rechtsextreme Minister „Itamar Ben Gvir palästinensischen Gefangenen im Naqab-Gefängnis Wasser und Strom abstellt und sein Repressionsprogramm gegen alle palästinensischen Gefangenen umsetzt“.

SCHWEDISCHER RUNDfunk VERMEIDET WORT „PALÄSTINA“

Reporter des schwedischen Rundfunks werden ermahnt, in ihren Beiträgen nicht „Palästina“ zu sagen, sondern nur noch von „palästinensischen Gebieten“ sprechen. Dies meldete die schwedische Internetzeitung ECT vom 25.10.23. Schweden hatte im Jahr 2014 Palästina als Staat anerkannt. Die Rechtsaußen-Partei SD übt Druck auf die Regierung aus, die staatliche Anerkennung Palästinas zu widerrufen.

BARCELONA WIEDER MIT TEL AVIV VERPARTNERT

Barcelonas neugewählter konservativer Bürgermeister Jaume Collboni hat die Entscheidung zum Stopp der Städtepartnerschaft mit Tel Aviv widerrufen. Am 1. September unterzeichnete er ein Dekret, mit dem die frühere Entscheidung, die Städtepartnerschaft mit Tel Aviv zu beenden, rückgängig gemacht wurde.

UN-STUDIE STELLT UNRECHTMÄSSIGKEIT DER BESATZUNG FEST

Der UN-Ausschuss für die unveräußerlichen Rechte der Palästinenser hat eine juristische Analyse über die Unrechtmäßigkeit der Besatzung veröffentlicht. Darauf weist The Palestine Institute for Public Diplomacy hin. Nach zwei Jahren Forschung veröffentlichte der UN-Ausschuss (CEIRPP) kürzlich eine „Studie über die Rechtmäßigkeit der israelischen Besetzung der besetzten Gebiete, einschließlich Ost-Jerusalem“. Das UN-Dokument kommt zum Schluss, dass die israelische Besatzung kriegszerstörerisch und illegal ist und Israel das Verbrechen der Apartheid begeht. Dies ergänzt andere rechtliche Analysen wie die von Amnesty International, Human Rights Watch und unterstützt das bevorstehende Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs IGH. www.un.org/unispal/wp-content/uploads/2023/08/Study-on-the-Legality-of-the-Israeli-occupation-of-the-OPT-including-East-Jerusalem.pdf

672 EUROPÄISCHE FINANZ-INSTITUTE UNTERSTÜTZEN FIRMEN IN VÖLKERRECHTS-WIDRIGEN SIEDLUNGEN

Untersuchungen einer Koalition aus 23 palästinensischen und europäischen Organisationen (Don't Buy into Occupation) zeigen, dass zwischen 2018 und Mai 2021 672 europäische Finanzinstitute, darunter Banken, Vermögensverwalter, Versicherungsgesellschaften und Pensionsfonds, finanzielle Beziehungen zu 50 Unternehmen unterhielten, die aktiv an israelischen Siedlungen beteiligt sind.

Die 50 Unternehmen sind: ACS Group, Airbnb, Alstom, Altice Europe, Ashtrom Group, Atlas Copco, Bank Hapoalim, Bank Leumi, Bezeq Group, Booking Holdings, Construcciones y Auxiliar de Ferrocarriles (CAF), Caterpillar, Cellcom Israel, Cemex, CETCO Mineral Technology Group, Cisco

Systems, CNH Industrial, Delek Group, Delta Galil Industries, DXC Technology, eDreams ODIGEO, Elbit Systems, Electra Group, Energix Renewable Energies, Expedia Group, First International Bank of Israel (FIBI), General Mills, HeidelbergCement, Hewlett Packard Enterprise (HPE), Israel Discount Bank, Magal Security Systems, MAN Group, Manitou Group, Matrix IT, Mivne Group, Mizrahi Tefahot Bank, Motorola Solutions, Partner Communications Company, Paz Oil Company, Rami Levy Chain Stores Hashikma Marketing 2006, RE/MAX Holdings, Shapir Engineering and Industry, Shikun & Binui, Shufersal, Siemens, Solvay, Terex Corporation, Tripadvisor, Volvo Group, und WSP Global.

JUDITH BERNSTEIN GEGEN STADT FRANKFURT AM MAIN

Die Klage der jüdischen Aktivistin Judith Bernstein gegen die Stadt Frankfurt am Main wegen der Diffamierung als antisemitisch hatte Erfolg. Das Verwaltungsgericht Frankfurt urteilte am 4. Mai 2023, dass die Pressemitteilung vom 10. November 2019 des Exbürgermeisters Uwe Becker und jetzigen Antisemitismusbeauftragten der hessischen Landesregierung rechtswidrig war (Az. 7 K 851/20.F). Zur Begründung erklärte das Verwaltungsgericht, dass die Pressemitteilung das Sachlichkeitsgebot verletzte und Judith Bernstein unzulässigerweise mit dem Vorwurf des Antisemitismus diskreditierte. Ein sachlicher Diskurs sei nicht mehr möglich, wenn Judith Bernstein und die von ihr unterstützte BDS-Kampagne als antisemitisch dargestellt und ein Veranstaltungsverbot gefordert werde.

GRÜNE PFLANZEN 75 BÄUME FÜR 75 JAHRE ISRAEL

Der Bundesvorsitzende von Bündnis90/Die Grünen, Omid Nouripour, hat angekündigt, dass seine Partei 75 Bäume beisteuern werde, die im Wald der deutschen Länder in der Nähe der israelischen Stadt Beer Sheva gepflanzt werden sollen. Zuvor hatte die Partei 75 Bäume vom Jüdischen Nationalfonds geschenkt bekommen, berichtete die Jüdische Allgemeine. Im Festakt im Bundestag erwähnte Jürgen Trittin auch die Nakba: „Ohne den präzedenzlosen Holocaust hätte es auch die Nakba nicht gegeben. Hieraus erwächst für uns Deutsche eine doppelte Verantwortung, nämlich der Einsatz für eine Friedenslösung.“

Olivenbäume statt Kupferfelsenbirne oder das Schweigen der deutschen Regierung

Das Pflanzen von Bäumen hat immer einen Symbolcharakter. Wenn 75 Jahre Staatsgründung Israels vom Bundesvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Bundestagsabgeordneten Omid Nouripour als Anlass genommen wurde, um mit dem israelischen Botschafter Ron Prosor gemeinsam 75 Kupferfelsenbirnbäume zu pflanzen, muss diese vom Jüdischen Nationalfonds JNF organisierte Aktion, hinterfragt werden.

Der JNF ist die Organisation, die an der Vertreibung von Beduinen aus ihren Dörfern beteiligt war. Es ist auch die Organisation, die an der Vertreibung und Aneignung von Häusern von Palästinenser:innen in Ostjerusalem beteiligt war.

Außerdem ist der neue israelische Botschafter Ron Prosor ein Vertreter und Unterstützer der neuen recht nationalen Regierung Israels, ein klarer Verfechter der diskriminierenden und undemokratischen Regierungsbeschlüsse.

Prosors Verbalattacken gegen die Politologin Muriel Asseburg wurden seitens der Grünen stillschweigend hingenommen. Deutliche Worte gegen die Aushebelung der Demokratie in Israel? Fehlanzeige. Ausladung des israelischen Ministerpräsidenten, wie z.B. in den USA? Fehlanzeige.

Gebetsmühlenartig wird von der Bundesregierung die Freundschaft zu Israel und das Festhalten an der Zwei-staatenlösung wiederholt. Egal wie weit nach rechts die israelische Regierung gerückt ist, egal wie offen sie ihren Anspruch auch auf das besetzte Palästina kundgetan hat und der Zwei Staaten-Lösung eine deutliche Abfuhr erteilt hat.

Ignoriert werden die Demontage der Demokratie, die Einschränkungen israelischer und palästinensischer NGOs, der Abbau der Rechte arabischer Einwohner:innen und neuerdings auch der Frauen in Israel. Geschwiegen wird ebenfalls zur Rechenschaftspflicht des Militärs, zur Inhaftierung Minderjähriger, zur systematischen Verschlechterung der Lebensbedingungen im Westjordanland und zum Abriss von Schulen. Hier ist ein klarer Widerspruch zur wertgeleiteten deutschen Außenpolitik festzustellen.

Omid Nouripour weiß um die Geschichte Palästinas, er weiß um die Zerstörung von Olivenbäumen durch jüdische Siedler. 75 Jahre Israel bedeuten auch 75 Jahre Vertreibung der Palästinenser:innen, ongoing Nakba. 75 Olivenbäume auf dem Gebiet, welches den Menschen in Palästina noch (!) geblieben ist, wären ein Zeichen der Menschlichkeit. Dieser Tropfen auf den heißen Stein wäre ein deutliches Signal gegen Besatzung, gegen Vertreibung und vor allem für wirklich wertgeleitete deutsche Außenpolitik.

URSULA MINDERMANN

Huwara – pogromhafter Höhepunkt jahrelanger Siedlergewalt

Ein sogenannter Antiterrorereinsatz des israelischen Militärs hat am 13. Februar 2023 bei einer mehrstündigen Razzia in Nablus zu zehn toten Palästinensern und über 100 Verletzten geführt. Erklärt wurde der Einsatz damit, es müssten drei Extremisten festgenommen werden, die im Herbst einen Soldaten getötet hätten. Eine örtliche palästinensische Widerstandsgruppe („Löwenhöhle“) hat die Razzia dokumentiert, die in deutschen Medien überwiegend als israelischer Vergeltungsschlag gegen „Terrorgruppen“ vermittelt wurde. Doch diese, lange Jahre vorherrschende Lesart lässt sich spätestens nach den Vorfällen in Huwara nicht mehr durchhalten. Statt Legendenbildung und Verkehrung von realen Abläufen werden nun, angesichts genereller radikaler Veränderungen in Israel, vermehrt Zusammenhänge dargestellt, wie erste umfassendere Artikel im SPIEGEL vom 29.7., im STERN vom 26.7. und der ZEIT vom 20.7.2023 sowie auch Leserbrief in regionalen Zeitungen zeigen.

Im Februar 2023 erlebte die Stadt Huwara eine erste Schreckensnacht, als über 300 Siedler in die Stadt einfielen, brandschatzten und zerstörten. Im Juli 2023 wiederholte sich diese verbrecherische Aktion, als hunderte bewaffnete Siedler tagsüber, vor den Augen der passiven israelischen Armee, mit Brandstiftung, Häuser, Grundstücke, Autos und sonstiges palästinensischem Eigentum, den Ort in Flammen setzten und hunderte Menschen, Frauen, Kinder und ältere Menschen verletzten und vertrieben.

Huwara ist der pogromhafte Höhepunkt jahrelanger Siedlergewalt. Hinter diesen Gewaltaktionen stehen gut organisierte zionistische Terrororganisationen, über die wenig bekannt ist. Während die israelische Regierung 2021 sechs weltweit angesehene Nichtregierungsorganisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft, wie Addameer, al-Haq, Defense for Children Palestine, Union of Agricultural Work Committees, Bisan Center for Research and Development und die Union of Palestinian Women Committees, die auch von der UNO und europäischen Staaten unterstützt werden, kriminalisiert hat und Unterstützer auffordert, Gelder zu streichen, werden jüdische gewaltbereite Gruppen wie „The Hilltop Youth“, die schon 2008 gegründete „Tag Mahir“, die „Lahava Settlements Organization“, die „Nahala Organization“, die „Insurgency“, das „Netzah Yehuda Battalion“ und die „La famiglia Organizzazione“, um nur einige besonders aktive zu nennen, toleriert, indirekt sogar staatlich finanziert über Zuwendungen an Siedlerführer und Siedlerorganisationen. Die Annexion palästinensischer Gebiete geht dadurch unvermindert voran.

DETLEF GRIESCHE

Einblick in die Strukturen und Vorgehensweisen jüdischer zionistischer gewaltbereiter Organisationen, die in der Westbank mittlerweile ungehindert agieren können findet man auf der Webseite der PLO auch in englischer Sprache: <https://nbprs.ps/2023/05/14/stealing-cultural-heritage-in-palestine-through-expanding-colonization-activities/>

AUF EIN WORT

Die amtierende israelische Regierung ist alles andere als eine für die Bundesregierung akzeptable Partnerin. Deutschland hält Wort und ist Juden und Israel gegenüber verpflichtet. Darf diese Verpflichtung zum blinden Gehorsam und zur bedingungslosen Loyalität führen? Israels Politik ist dabei dieses Verhältnis zu zerstören. Bislang hat das Bundeskanzleramt dem wiederholten Wunsch Israels nach einem gemeinsamen Kabinetts-treffen nicht entsprochen. Diplomatisch werden Terminprobleme angegeben. Aber warum nennt das Kanzleramt nicht den wahren Grund? Deutsche und israelische Diplomaten, vor allem ausgeschiedene Außenminister und Botschafter, halten die auferlegte Zurückhaltung der Bundesregierung für falsch und fordern von ihr, spätestens jetzt lauter und angemessen aufzutreten.

Die Bundesregierung kennt die Vorhaben der israelischen Regierung und verfolgt ihre Pläne zur Annexion weiterer palästinensischer Gebiete um Ost-Jerusalem und im Westjordanland. Das Auswärtige Amt ist im Bilde, dass Israel seine Grenzen bis zum Jordan



Nazih Musharbash
Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.

und möglicherweise darüber hinaus völkerrechtswidrig festlegen wird. Das israelische Militär greift an, zerstört und tötet, so zum Beispiel in Dschenin. Während andere Länder und israelische Menschenrechtsorganisationen das Vorgehen des israelischen Militärs zum Teil scharf kritisieren, bekundet die Bundesregierung in Fortsetzung ihrer bekannten Linie ostentativ Neutralität, indem sie den militärischen Einsatz nicht kritisiert oder verurteilt, sondern ihn als legitimes Recht Israels auf Selbstverteidigung hervorhebt.

Die Staatsräson von Bundeskanzlerin Merkel und vor allem die Furcht der Politikerinnen und Politiker, dem Antisemitismus Vorwurf ausgesetzt zu werden, sind die wahren Gründe für das Schweigen der Bundesregierung. Israel hat es verstanden, den Antisemitismus zu instrumentalisieren und als Waffe einzusetzen. **„So warf Premier Netanjahu etwa dem damaligen deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) vor, er wolle das Westjordanland 'judenrein' machen. Steinmeier hatte auf das Völkerrecht hingewiesen und angemerkt, israelische Siedlungen müssten geräumt werden, wenn es einen palästinensischen Staat geben solle.“** (SPIEGEL Nr. 31).

Zur Erinnerung: Die EU-Vorschrift, Produkte aus Siedlungen im Westjordanland nicht als **„Made in Israel“** zu deklarieren, wurde sofort von der israelischen Politik mit dem Nazi-Boycott **„kauft nicht bei Juden“** gleichgesetzt. Die nationalreligiöse, rechtsorientierte israelische Regierung erklärt schriftlich und für die Bundesregierung erstmalig lesbar, die Besiedlung des biblischen Erez Israel vom Mittelmeer bis zum Jordan zum exklusiven jüdischen Recht. Damit wird die Zweistaatenlösung, die von der Bundesregierung immer noch hochgehalten wird, für endgültig beendet erklärt. Wenn die israelische Regierung selbst die Absicht hat, diese Zwei-Staaten-Lösung zu beenden und die Annexionen voranzutreiben, dann muss die Bundesregierung ihre Nahostpolitik überdenken, wenn nicht gar komplett revidieren. Letztlich bedarf es eines Prozesses der politischen Reflexion, bei der weder die Verantwortung aus dem historischen Erbe noch grundlegende Werte deutscher Außenpolitik aufgegeben werden dürfen und die Anwendung des Völkerrechts für Israel zur Verpflichtung wird.

NAZIH MUSHARBASH, DPG-Präsident,
15. September 2023

STELLUNGNAHME DER DPG ZUR SCHMIERENKAMPAGNE DER ISRAELISCHEN BOTSCHAFT GEGEN FRAU DR. MURIEL ASSEBURG

Erneut wird eine Persönlichkeit in Deutschland, die sich kritisch mit der israelischen Besatzungspolitik auseinandersetzt, durch eine von der israelischen Botschaft initiierten medialen Kampagne als „Antisemitin“ diffamiert und beleidigt. Aber diesmal trifft es keine Aktivist*in, die zu BDS oder zu Nakba-Demonstrationen aufruft, keine Menschenrechtsaktivist*in, die die Besatzungspraxis – zu Recht – als Apartheid bezeichnet, sondern eine renommierte Politologin und Nahostexpertin: Dr. Muriel Asseburg von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), einem deutschen Thinktank, der auch das Kanzleramt und die Bundesregierung politisch berät. Hintergrund der Kampagne ist ein zweieinhalbstündiges Interview, in dem Frau Asseburg dem Sender Jung&Naiv die Situation der Palästinenser unter dem Besatzungsregime sowie mögliche Folgen der Neuausrichtung der israelischen Politik unter der neuen rechtsradikalen Regierung analysiert. In den in einer respektlosen Weise formulierten Tweets der israelischen Botschaft werden die Aussagen von Frau Asseburg bewusst

verdreht, falsch zitiert und ihr werden Worte in den Mund gelegt, die sie nicht gesagt hat. So wird Frau Asseburg seitens der israelischen Botschaft unterstellt, Terrorismus zu rechtfertigen, obwohl sie explizit Selbstmordanschläge auf Zivilisten und die Raketenangriffe der Hamas auf israelische Städte verurteilt, zugleich aber darauf hinweist, dass das Recht auf Widerstand gegen ein Besatzungsregime ein international verbrieftes Recht sei. Ihr wird unterstellt, die israelische Besatzungspolitik mit dem russischen Angriff auf die Ukraine gleichzusetzen, dabei weist sie lediglich darauf hin, dass Palästinenser sich wundern würden, warum in deutschen Medien gegen die russischen Besatzer Widerstand leistende Ukrainer*innen als Helden gefeiert werden, während Palästinenser*innen, die gegen die Besatzung Widerstand leisten als Terrorist*innen bezeichnet werden. Frau Asseburg, eine auch unter israelischen und palästinensischen Wissenschaftlern anerkannte Expertin, hat in dem Interview mit großer Professionalität Fakten und Analysen präsentiert, sich aber bewusst eigener Wertungen enthalten. Warum also der Aufschrei seitens der israelischen Botschaft?

Genau diese Benennung der Fakten ist ein Dorn im Auge der israelischen Rechtsregierung, die sich durch den Bau immer neuer Siedlungen und Enteignung palästinensischen Bodens die besetzte Westbank faktisch einverleibt. Durch die gezielte Änderung politischer Diskurse soll eine neue Realität konstruiert werden und unangenehme Vorfälle und Verbrechen gegenüber den Palästinensern ungesehen gemacht werden, in der Hoffnung, dass Falschinformationen – werden sie nur oft genug wiederholt – irgendwann zur gesellschaftlich anerkannten „Wahrheit“ werden. Expert*innen, die den Konflikt seit Jahrzehnten in all seinen Details und Implikationen verfolgen, sind dabei ein Störfaktor.

Die DPG verurteilt aufs Schärfste die mediale Kampagne gegen Frau Asseburg. Sie stellt einen Angriff auf die Meinungs-, Informations- und Forschungsfreiheit in Deutschland dar. Und sie soll schon jetzt den Boden dafür bereiten, zukünftige Kritik an weiteren Schritten der Annexion, der schleichenden Vertreibung der Palästinenser und Menschenrechtsverletzungen unter dem Vorwurf des „Antisemitismus“ im Keim zu ersticken.

IVESA LÜBBEN, DPG-Vizepräsidentin, 12. Juli 2023

DPG-Mitglieder-versammlung und Studientagung 2023 in Höxter-Brenkhausen

„75 Jahre Nakba“ lautete das Motto der diesjährigen DPG-Studientagung. Ein Wochenende lang, von Freitag 9. bis Sonntag 11. Juni, haben sich Mitglieder und Gäste im schönen koptisch-orthodoxen Kloster in Brenkhausen bei Höxter getroffen. Bei der Mitgliederversammlung, die der Tagung vorgeschaltet war, wurde das neue Präsidium der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V. gewählt: Nazih Musharbash, Präsident; Dr. Ribhi Yousef, Schatzmeister; Detlef Griesche, Vize-Präsident; Ursula Mindermann, Vize-Präsidentin und Ivesa Lübben, Vize-Präsidentin. Die bisherige Vize-Präsidentin Gisela Siebourg wurde unter großem Dank verabschiedet. Eine Besonderheit ist der Tagungsort, das Koptisch-Orthodoxe Kloster der Heiligen Jungfrau Maria und des Heiligen Mauritius e.V. unter der Leitung S.E. Bischof Anba Damian. Die denkmalgeschützte riesige Klosteranlage wird seit 1994 durch ehrenamtliche Fachkräfte aus Ägypten renoviert. Dabei engagierten sich auch zahlreiche ehrenamtliche Helfer im Rahmen verschiedenster Initiativen und Projekte. Im Sommer lädt das Kloster zum Essen in der wunderschönen Gartenanlage ein. Gastgeber Bischof Damian, Diözesanbischof von Norddeutschland, nahm sich trotz seiner vielfältigen Aufgaben die Zeit teilweise mit dabei zu sein.

Bekannte Referent:innen gestalteten den Studienteil der Tagung. Viola Raheb, Sarah El Bulbeisi, Ursula Mindermann, Norman Paech sowie der Musiker Marwan Abado waren live vor Ort. Zugeschaltet waren aus Tel Aviv Moshe Zuckermann, aus Ramallah Mustafa Bargouthi und aus Jerusalem Gideon Levy.

BITTE VORMERKEN: Die nächste DPG-Jahrestagung mit der Jahreshauptversammlung 2024 findet vom Freitag, 14. Juni bis Sonntag, 16. Juni 2024 in Höxter-Brenkhausen statt.

FOTOS // URSULA MINDERMANN



Vorträge der Studientagung – Kurzberichte

Alle Vorträge gibt es zum Anhören unter <https://dpg-netz.de/videosdpg/>

DIE JUGEND PALÄSTINAS

Vortrag von Dr. Viola Raheb

Die aus Betlehem stammende palästinensische Friedensaktivistin Dr. Viola Raheb schloss ihr Studium der Pädagogik und der Theologie in Heidelberg ab. Sie war Schulpädagogin für christliche Schulen im besetzten Palästina und lebt mit ihrer Familie in Wien. In ihrem Vortrag geht Viola Raheb auf die gesellschaftliche und politische Situation der Jugend Palästinas ein und erklärt ihren Kampf und großen Willen für Freiheit und Meinungsäußerung, aber auch ihre Zerrissenheit im Alltag unter der erdrückenden israelischen Besatzung. Sie umschreibt und erläutert das Leben und den Bildungsstand der palästinensischen Jugend und der Jugend Palästinas weltweit, ihre Frustration und den starken Willen für Widerstand und besseres Leben. Die Jugend Palästinas hat das Recht, wie alle Jugendlichen auf der Welt, sich gegen Ungerechtigkeit, Besatzung und Unterdrückung zur Wehr zu setzen und für ihr Selbstbestimmungsrecht zu kämpfen. Die palästinensische Jugend nimmt alle gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Veränderung auf der Welt wahr und möchte daran teilnehmen. Dass ihre Vorstellungen und Methoden von der altherkömmlichen Tradition differieren, ist durchaus eine Bereicherung für die palästinensische Gesellschaft. Die palästinensische Jugend im besetzten Palästina will und muss ernstgenommen werden, wenn man bedenkt, dass knapp 30 Prozent der Menschen jünger als 25 Jahre sind



immer und wann die israelische Regierung ihr Militär einsetzt, es bleibt Sieger. Die Frage seiner rechtlichen Legitimation wird nicht einmal gestellt. Hat Völkerrecht überhaupt eine Chance, wenn Männer wie Netanjahu das faktische Ende des Völkerrechts als Ordnungsrahmen der Welt einläuten? Doch Israel selbst verzichtet nicht auf das Völkerrecht zur Legitimation seiner Existenz, seiner völkerrechtswidrigen Besatzung und militärischen Angriffe im Gazastreifen und in den Ortschaften und Flüchtlingslagern in der Westbank. Ein zentrales Prinzip israelischen Politik ist die „Bedrohung“. Für die Bedrohung von Außen findet sich immer ein Feind, ob Hamas, rebellierende palästinensische Jugend oder Iran. Damit beruft sich Israel auf ein Verteidigungsrecht gegenüber Palästinensern, das von der westlichen Welt ungeprüft übernommen und gar unterstützt wird. Denn bei der Frage nach Ursache und Auswirkung von Eskalationen steht der Westen blind hinter Israel. Es sollte nicht übersehen werden, dass nicht die Palästinenser Israel besetzt haben, sondern die Israeli Palästina und eindeutig völkerrechtswidrig. Einen Frieden zwischen Israelis und Palästinensern wird es erst dann geben,

ISRAEL ZWISCHEN DEMOKRATIE UND VÖLKERRECHT

Vortrag von Prof. Dr. Norman Paech

Als Politikwissenschaftler und Völkerrechtler beschäftigt sich Prof. Dr. Norman Paech mit der Ohnmacht des Völkerrechts in Bezug auf die israelische Politik. Die Befassung mit dem Völkerrecht im israelisch-palästinensischen Konflikt bezeichnet er als ein im Grunde überflüssiges Thema. Wo

wenn das Völkerrecht Israel dazu zwingt, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser zu akzeptieren. Das Versagen der Politik muss jetzt von der couragierten Zivilgesellschaft kompensiert werden.

GERECHTIGKEIT FÜR PALÄSTINA

Vortrag von Dr. Mustafa Bargouthi

■ Dr. Mustafa Bargouthi war 1991 Delegierter der Madrider Konferenz, die auf eine Beendigung des israelisch-palästinensischen Konflikts abzielte. Aus Unzufriedenheit über Korruption und Vetternwirtschaft innerhalb der PLO gründete Bargouthi 2002 eine neue Partei, die Palästinensische Nationale Initiative.

In seinem Vortrag geht Bargouthi auf die Politik der neuen „faschistischen“ israelischen Regierung unter Ministerpräsident Benjamin Netanyahu ein. Israel breche ständig strafflos das Völkerrecht. Die aktuelle israelische Regierung zielt darauf ab, weitere palästinensische Gebiete durch Vertreibung und Siedlungsbau zu annektieren. Diese Politik müsse gestoppt werden, weil sie zudem ein bestehendes Apartheidssystem mit zwei unterschiedlichen Rechtssystemen für Juden und Nichtjuden praktiziere. **„Die Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung ist nicht hinnehmbar, weil hier das Recht der Stärke herrscht und es keine Gerechtigkeit gibt. Die Palästinenser bestehen auf ihrem verbrieften Selbstbestimmungsrecht und wehren sich gegen Besatzung und Militärmacht. Sie wollen Gerechtigkeit und einen gerechten Frieden im eigenen Staat haben.“** Die Angriffe militanter und bewaffneter jüdischer Siedler auf palästinensische Ortschaften unter Bewachung der israelischen Armee würden bewusst zu Gewalt und Gegenreaktionen führen. Zurzeit durchlebten die Palästinenser eine unerträgliche Krise, die sogar von israelischen Ministern, die sich selber als Faschisten bezeichnen, angefeuert wird. Zweck dieser Attacken ist die Vertreibung der Palästinenser

aus ihren Ortschaften und die Beschlagnahmung weiterer palästinensischer Gebiete.

Mit der Besatzung brachten die israelischen Regierungen mehr und mehr Siedler in die besetzten Gebiete. Nun hat sich die Zahl der illegalen Siedler seit 1993, als das Oslo-Abkommen unterzeichnet wurde, von 121.000 auf 750.000 erhöht. Heute sind sie zu einer entscheidenden politischen Kraft in Israel geworden.

Bargouthi kritisiert, dass es seit über 18 Jahren keine palästinensischen Wahlen gegeben hat und hält diese für unbedingt erforderlich. Dass Israel die Durchführung von Wahlen in Jerusalem verbiete, sei kein Grund, diese nicht durchführen zu lassen. Eine Bündelung und eine enge Zusammenarbeit aller palästinensischen politischen Parteien und Gruppen sei mehr als erforderlich, um ein Gegengewicht zu bilden. Der Referent appelliert an die Völkergemeinschaft, an die EU und vor allem an Deutschland, ihre blinde Loyalität zu Israel unter dem Aspekt einer permanenten Besatzung zu überdenken.

NAZIH MUSHARBASH

ISRAEL IST JÜDISCH, ABER NICHT DEMOKRATISCH

Vortrag von Gideon Levy, Jerusalem

■ Gideon Levy studierte Politikwissenschaft in Tel Aviv und war von 1978 bis 1982 Mitarbeiter von Schimon Peres. Seit 1982 schreibt er für die Tageszeitung Haaretz, in der er seit 1988 die Kolumne Twilight Zone/Grauzone über die Lebensverhältnisse der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten veröffentlicht.

In seinem Vortrag befasst sich Levy mit der politischen Situation Israels und der Palästinenser unter der erdrückenden permanenten israelischen Besatzung. Er betrachtet die Zwei-Staaten-Lösung, die von Ministerpräsident Netanjahu seit vielen Jahren vehement abgelehnt wird, als die einzige logische Option für einen dauerhaften und gerechten Frieden zwischen Israel und den Palästinensern. Einen Palästinenserstaat werde es jedoch nach dem Willen der aktuellen israelischen Regierung nicht geben, obwohl diese Option von der internationalen Weltgemeinschaft gewollt



ist. Israel unternehme alles, um so einen Staat zu verhindern: Weil das Völkerrecht für Israel nicht gelte und die maßgeblichen Staaten nichts dagegen unternehmen. Israel nutze seine „Opferrolle“ schamlos für seine politischen Ziele aus und lasse mögliche berechtigte Kritik verstummen. Die Zwei-Staatenlösung ist so gut wie tot. Eigentlich sei sie schon tot gewesen, bevor sie geboren wurde, weil sie von Israel zu keinem Zeitpunkt ernsthaft verfolgt wurde.

Die Besatzung wird weiterhin schleichend, aber beschleunigt in Annexion übergehen. Das Festhalten an einem, von der israelischen Regierung formulierten, „Dualen Rechtssystem“ wird rasch zum Apartheid-Staat führen. Israel und seine befreundeten Staaten wollen nicht eingestehen, dass Israel eine Apartheid betreibt, und sie bezeichnen jene Kritiker als Antisemiten oder als Nestbeschmutzer, wenn es sich um Juden handelt. Levy verfolgt die israelische Politik unter der rechtsgerichteten Regierung und folgert, dass Israel zu einem jüdischen, aber nicht demokratischen Staat geworden ist. Gründe hierfür ist das Fehlen der linken politischen Kraft und das zunehmende Gewicht der rechtsgerichteten und streng religiösen Gruppen. Faschistische und streng religiöse Kabinettsmitglieder tragen dazu bei, dass die Gewaltspirale eskaliert. Diese wollen ganz Palästina beherrschen und am allerliebsten ohne die Palästinenser. Das gezielte Töten – sogar von palästinensischen Kindern durch israelische Soldaten, bleibt für die Täter strafflos und ist nicht einmal von Interesse für die israelischen Medien. Israel sei zudem nicht am Frieden interessiert, weil es die Kosten der Besatzung nicht trage. Levy kritisierte die Haltung der deutschen Politik, die ausschließlich die Interessen Israels wahrnimmt. Palästina soll nicht vergessen werden und benötige die Unterstützung der Zivilgesellschaften.

NAZIH MUSHARBASH



PALÄSTINENSISCHES TRAUMA UND IDENTITÄT

Vortrag von Dr. Sarah El Bulbeisi

■ Sarah El Bulbeisi vom Orient-Institut in Beirut behandelt die Probleme von Jugendlichen mit palästinensischem Migrationshintergrund in Deutschland und der Schweiz. Ihre Ausführungen fußen sowohl auf zahlreichen Gesprächen und Lebensgeschichten, wie auch auf teilnehmender Beobachtung.

Für sie sei es „wichtiger das Schweigen zu erforschen als das Sprechen“. El Bulbeisi definiert die Erfahrungen und Erlebnisse, die Palästinenser:innen auf ihrer Flucht und Vertreibung seit 1948 erfahren haben und die nicht öffentlich anerkannt werden, als „Diskursive Gewalt“. Die dramatischen Folgen der Nakba, die im Prinzip bis heute durch stille Vertreibung per Landraub, Siedlungsbau, Haus- und Olivenplantagenzerstörungen und durch eine Apartheid in der Infrastruktur anhalten, sind aber wesentliche Gründe. Daraus resultiert ihre erkenntnisleitende Frage, wie sich Palästinenser:innen vor diesem Hintergrund der Nichtanerkennung sehen und definieren. Eingegrenzt hat sie ihre Recherche auf zwei Generationen von Palästinenser:innen, auf jene die vor ihrer Ankunft in Westeuropa selbst Flucht und Vertreibung erfahren hatten und auf deren Kinder, die zumeist schon hier geboren und aufgewachsen sind. Die in Deutschland in den Medien vorherrschende „Diskursive Gewalt“, hat zu Nichtanerkennung und gesellschaftlichem Ausschluss der Palästinenser:innen geführt.



ihre Erlebnisse und die Nichtanerkennung ihrer Identitäten berichten und reden. Oft führt dieses Schweigen zu Gefühlen der Schuld an der eigenen Geschichte. Wobei die Palästinenser der ersten Generation durchaus daran festhalten würden, Palästinenser:innen zu sein und sich nicht verleugneten. Die Nichtanerkennung und Unsichtbarkeit habe verhindert, dass sich eine eigene Subjektivität entwickeln konnte, denn Gefühle der Scham, der Schuld und der Angst führten zu einer traumatischen Existenz, quasi zu einem „Leben in Verneinung, Unsichtbarkeit und Abwesenheit“. Das würde bedeuten, „Schuld nach innen, und Selbstverneinung nach außen“ zu entwickeln. Sie resümiert, dass palästinensische Geschichte in ihren Verflechtungen als integrierter Teil der europäischen Geschichte verstanden werden müsse, um die „Tabuisierung des Palästinensischseins“ in Deutschland und der Schweiz aufzuheben.

DETLEF GRIESCHE

die aktuelle Situation der israelischen Politik unter Ministerpräsident Netanjahu ein. Er schildert ausführlich das Begehren Israels, sich die gesamte Westbank anzueignen, den völkerrechtswidrigen Siedlungsbau voranzutreiben und die Palästinensische Autonomie zu schwächen. Die neue rechtsgerichtete und faschistische Regierung unterstützt bewaffnete aggressive Siedler, schikaniert täglich die palästinensische zivile Bevölkerung und sieht in jedem Widerstand einen Angriff, der mit Waffengewalt erwidert wird. Die israelischen militärischen Vergeltungsmaßnahmen werden als Selbstverteidigung deklariert und so der Weltöffentlichkeit verdrehend präsentiert. Die palästinensische Bevölkerung, die keine regionale und internationale Lobby hat, ist auf sich gestellt. Dennoch müsse es einen souveränen palästinensischen Staat geben, damit der politische Konflikt politisch und nicht durch Gewalt gelöst wird. Er erwartet von den USA, EU und Deutschland eine objektive Bewertung. Er ging auf die Diskussion um die Ziele und Facetten des Zionismus und den diffamierenden Vorwurf des Antisemitismus ein und zeigte auf, warum die israelische Zivilgesellschaft so gespalten ist. Das Interesse eines Großteils der Israelis an einer friedlichen Lösung ist deshalb so gering, weil die Besatzung für sie keine sichtbaren Nachteile brächte. Der forcierte Siedlungsbau verunmöglicht den Aufbau eines Staates Palästina. Die Zwei-Staatenlösung, die eigentlich die beste Option für einen gerechten Frieden wäre, ist de facto nicht mehr möglich.

DETLEF GRIESCHE

APARTEID UND ANTISEMITISMUS

Vortrag von Prof. Dr. Moshe Zuckermann

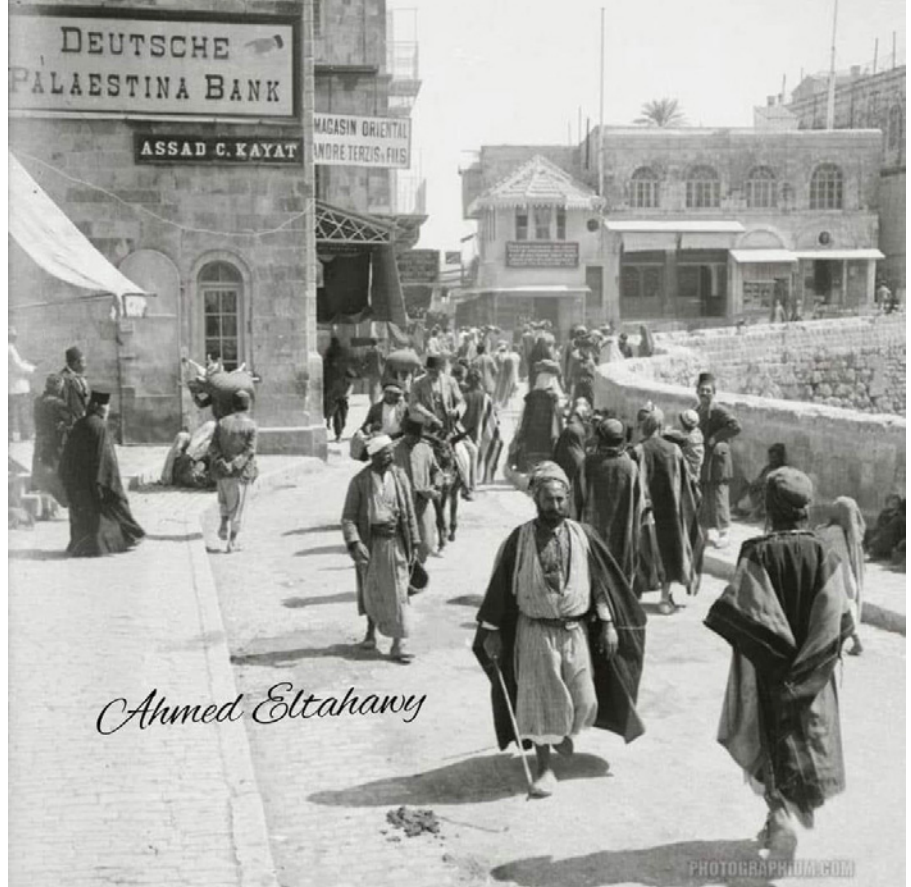
■ Moshe Zuckermann führt aus, dass die Nakba keine abgeschlossene Phase der Geschichte gewesen sei, sondern man könne durchaus von einer „Ongoing-Nakba“ reden. Das Problem sei, dass in Israel in der Öffentlichkeit nicht nur wenig Interesse an dem Konflikt besteht, sondern man gar nicht darüber reden darf. Auch in Deutschland herrscht eher Schweigen über die tagtäglichen schlimmen Vorfälle wie Landnahme, willkürliche Zerstörungen und Verhaftungen. „Israel torpediert die Zwei-Staatenlösung und will keinen Frieden.“ Der Historiker und Philosoph geht auf



Von zentraler Bedeutung ist die Frage, wie die Palästinenser:innen, die zwischen 1960 und 1980er Jahren nach Westeuropa kamen, über



Palästina und Palästinenser – gegen den anhaltenden Versuch in Israel und bei Verteidigern der Besatzung die palästinensische Geschichte umzudeuten oder zu leugnen.



Der ehemalige israelische Verteidigungsminister General Moshe Dayan wird in der Times vom 25. Juni 1969 folgendermaßen zitiert: „Unsere Väter haben die Grenzen erreicht, die im Teilungsplan von 1947 anerkannt wurden. Unsere Generation erreichte die Grenze von 1949. Aber die Sechs-Tage-Generation war in der Lage, Suez, den Jordan und die Golanhöhen in Syrien zu erreichen ... Dies ist nicht das Ende; denn nach den augenblicklichen Waffenstillstandslinien wird es neue Linien geben. Aber diese werden über den Jordan hinausreichen, vielleicht in den Libanon, vielleicht nach Zentralasien.“ Diese Aussage dokumentiert, dass es die zionistische Idee von einem Groß-Israel von Anfang an gab. Um dieses Ziel zu erreichen, musste eine legitimierende Erzählung her. Zunächst die Legende vom „Land ohne Bewohner“ und später die sich bis heute haltende Aussage, dass es Palästina nie gegeben habe und ergo auch keine Palästinenser. Auf diese Vorstellungen trifft man heute noch in der Politik, bei Journalisten und sogar bei manchen Wissenschaftlern.

Israels rechtsextremer Finanzminister Smotrich hat im März in Paris erklärt: „so etwas wie Palästinenser gibt es nicht, weil es so etwas wie ein palästinensisches Volk nicht gibt“ und „es gibt keine palästinensische Sprache. Es gibt keine palästinensische Geschichte“. Diese „historische Wahrheit“ müsse von der ganzen Welt gehört werden, denn alles sei nur von „einigen Arabern erfunden worden, um die zionistische Bewegung zu bekämpfen“. (Zitate aus web.de vom 20.3.2023 und news ORF.at)

Und der in Israel lebende Journalist Ulrich Sahn schrieb: „**Ideologie ersetzt Tradition. Es musste eine Gegenlegende geschaffen werden, und so entstand das Volk der Palästinenser. Ein Volk ohne eigene Tradition, ohne eigene Kultur, einzig geschaffen, um genau den geografischen Raum einzunehmen, der von Israel 'besetzt' ist**“ (zitiert aus: „Palästinenser – die folgenreiche Erfindung eines Volkes“ in Israelnetz vom 6. Oktober 2020)

Berufen können sich die Geschichtsverdreher unter anderem auf Golda Meir, die frühere Premierministerin Israels ab 1969, die schon die Sprachregelung vorgab: „**So etwas wie ein palästinensisches Volk gibt es nicht**“ (1970 in Neue Zürcher Zeitung). Eine umfassende Aufarbeitung der Frage der Existenz oder Nichtexistenz von Palästina und den Palästinensern hat Rashid Khalidi in einem fast 400 Seiten starken englischen Werk „*Palestinian Identity. The Construction of Modern National Consciousness*“ 2010 vorgelegt. Damit müssten eigentlich diese Legendenbildungen entzaubert sein. Das Gegenteil ist der Fall.

Sowohl in Israel, wie auch in Deutschland gibt es also auf unterschiedliche Weise Versuche, die Geschichte Palästinas zu leugnen oder zumindest die Diskussion darüber zu unterdrücken. In der aktuellen Diskussion in Deutschland werden seriöse Autoren heftig angefeindet, die als Voraussetzung einer möglichen Lösung der jahrzehntelangen völkerrechtswidrigen Besatzung die Notwendigkeit der Diskussion über beide Narrative, der palästinensischen und der israelischen Geschichte, propagieren wie u.a. Charlotte Wiedemann mit ihrem

Buch „Den Schmerz der Anderen begreifen. Holocaust und Weltgedächtnis“, Muriel Asseburgs und Joseph Croitorus Aufsätze und Sarah El Bulbeis Buch über die Lage der palästinensischen Jugend in Deutschland. Ein Aufschrei der Empörung deutete die innovativen Gedanken um in den vermeintlichen Versuch, die jüdische Geschichte in Deutschland, die Shoa, zu relativieren. In Israel ist Leugnung der Existenz Palästinas auch in der systematischen Vertreibung der einheimischen Bevölkerung, der Enteignung und Zerstörung zahlreicher Dörfer belegt.

Es ist interessant, dass es schon 1904 ein erstes sehr ausführliches und umfangreiches Reisehandbuch gab. Auf 400 Seiten gab Baedekers Reisehandbuch „Palästina und Syrien – nebst den Haupttrouten durch Mesopotamien und Babylonien“ sehr ausführliche Beschreibungen, angereichert durch „20 Karten und 52 Pläne“. Ein weiteres Indiz für die Existenz Palästinas sind die ersten persönlichen Papiere späterer israelischer, die sich nach ihrer Ankunft in Palästina ihre Papiere zunächst vom „Department Of Migration“ in „Government Of Palestine“ ausstellen lassen mussten. Auch der Ausweis des späteren israelischen Premierministers Shimon Peres war von der „Regierung von Palästina“ ausgestellt.

Die Deutsche Bank hatte schon früh Niederlassungen im Nahen Osten, so auch in Jerusalem als Deutsche Palästina Bank. Schon am 25.6.1896 wurde zunächst in Berlin eine „Deutsche Palästina und Orient-Gesellschaft GmbH“ gegründet, und zwar mit Niederlassungen und Büros in Jaffa, Jerusalem und Gaza. Sie hatte Bestand bis zum

Ersten Weltkrieg 1914. Sie diente unter anderem dem „Betrieb von Bank und Handelsgeschäften, speziell zur Pflege des Handels zwischen Deutschland und dem Orient“.

Es bleibt festzuhalten, dass es nicht nur eine Bank gab, sondern auch eine palästinensische Währung, ebenso wie palästinensische Pässe – schon unter dem britischen Mandat. Jüdische Einwanderer bekamen ihre Papiere noch von palästinensischen Institutionen ausgestellt. Sie mussten noch folgende Formel unterschreiben: **„I swear by Almighty God that I will be faithful and loyal to the Government of Palestine“**. Schon seit 1984 gibt es eine sehr umfassende Publikation von Whalid Khalidi mit dem Titel *„Before their Diaspora: A Photographic History of the Palestinians 1876 – 1948“*. Es gibt dazu auch einen YouTube-Film, abzurufen unter dem Link: <https://youtu.be/Uzdj0gVHSeI> Titel: *„Before Their Diaspora 4th Printing“*

Es gibt so viele Missverständnisse und Fehlinterpretationen darüber, was vor der Gründung des Staates Israel im Land Palästina war. Dieses umfangreiche seltene und wunderschöne Buch von Khalidi zeigt, wie die palästinensische Gesellschaft in den wenigen Jahrzehnten vor ihrer Vertreibung gelebt hat. Es zeigt Bilder aus allen Lebensbereichen und eine Chronologie der Ereignisse. Dieses Buch räumt mit den Versuchen auf, die Geschichte zugunsten einer konfliktfreien und stringenten Besiedlung und Staatsgründung Israels umzuinterpretieren und die palästinensische

Geschichte und die Identität der palästinensischen Bevölkerung vergessen zu machen.

Ein wunderbares Buch, das einen Einblick in das frühere Leben der Palästinenser von 1876 bis 1948 bietet. Bis 1948 war Palästina kein trockenes, kein leeres Land, sondern gefüllt mit vielen florierenden Gemeinden. Dieses Buch mit seiner Fülle von beschriebenen Fotos, Zeittafeln und Begleittexten gibt viel von der realen Geschichte Palästinas wieder! Es ist ein Muss für alle Palästinenser und alle an Palästina wirklich Interessierten, die mit den Mythen vom „Land ohne Leute“ aufräumen wollen. Dieses reich bebilderte Buch dokumentiert Menschen in einem wohlhabenden Land Palästina. Es hatte reichlich Handel und Industrie, Landwirtschaft und Oliven-Plantagen, Theater und Kunst, schöne Architektur in Städten und Dörfern. Auch gab es schon einen florierenden Tourismus und interessante Reiserouten.

Dieses reichhaltige Leben wurde durch die völlige Zerstörung zahlreicher palästinensischer Dörfer und Städte durch die israelische Strategie der nachhaltigen Beseitigung palästinensischer Identität mehr und mehr beeinträchtigt. Während ganze Dörfer durch die NAKBA nach 1947 durch die israelische Armee dem Erdboden gleichgemacht wurden, ging und geht die Landnahme, die Hauszerstörungen, die Besetzungen und die Zerstörung von jahrhundertealten Olivenplantagen weiter und das alltägliche Leben wird gegen alle internationalen Regeln physisch und materiell immer weiter erschwert und unerträglich. Dennoch regt sich auch

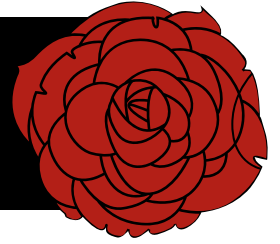
unter illegaler Besatzung eine lebendige Kunst- und Wissenschaftsszene, die man in einer Ausstellung in Paris vor kurzem kennenlernen konnte.

Welche geistige Vitalität und künstlerische Kraft jenseits aller negativer Berichterstattung in Palästina vorhanden ist zeigt unter dem Titel *„Ce que la Palestine apporte au monde“* diese sechs Monate in Paris laufende Großveranstaltung im „Institut du Monde Arabe“ (IMA). Im Zentrum des IMA-Programms ist eine Kunstaussstellung, die Kunstwerke aus dem „Musée national d'art moderne et contemporain de la Palestine“ zeigt. Dabei handelt es sich um ein palästinensisches Nationalmuseum für moderne und zeitgenössische Kunst. Dessen Werke sind im IMA eingelagert, bis eines Tages – so die Hoffnung – Jerusalem die Hauptstadt eines anerkannten Staat Palästina sein würde. Es werden dort auch Kunstwerke gezeigt, die die Realität im besetzten Palästina zeigen und die dokumentieren, dass junge Künstler in ihren Arbeiten auch vom Leiden ihrer Väter und Großväter bildlich erzählen. In dieser **„autonomen Kunst wird ein Stück Selbstbestimmung außerhalb der Fremddefinition von Feinden und Zwängen“** möglich. In einem Bericht über diese Ausstellung heißt es: **„Eine Selbstvergewisserung war zu leisten. Die Gewissheit, als Palästinenser:innen zu existieren, musste wiedergewonnen werden. Und das scheint gelungen. Das aber hat seine politische Dimension, denn die letzte und unbesiegbare Waffe ist ihre pure Existenz. Sie sind da. Es gibt sie. Da hilft keine Gewalt.“**

DETLEF GRIESCHE



Weltweite Solidarität



NIEDERLANDE

„FROM THE RIVER TO THE SEE ...“

Ein Aktivist auf einer Palästina-Solidaritätskundgebung im Mai 2021 in Amsterdam wurde von einem Unterstützer Israels bei der Polizei angezeigt, weil er „zu Hass und Gewalt gegen Juden aufgestachelt“ habe, indem er „vom Fluss bis zum Meer, Palästina wird frei sein“, rief. Die niederländische Staatsanwaltschaft lehnte es jedoch ab, den Aktivist strafrechtlich zu verfolgen, da die von ihm verwendeten pro-palästinensischen Slogans nicht als Aufforderung zu illegalen Handlungen zu verstehen seien. Die Ausdrücke würden sich „auf den Staat Israel und möglicherweise auf Personen mit israelischer Staatsbürgerschaft beziehen, aber nicht auf Juden aufgrund ihrer Rasse oder Religion“. <https://elsc.support/>

INTERNATIONAL

WELTGEBETSTAG FÜR PALÄSTINA

Der Weltgebetstag für Palästina im Jahr 2024 wurde zum zweiten Mal seit 1994 von einer ökumenischen Gruppe palästinensischer Christinnen vorbereitet, berichtet die palästinensische Pfarrerin Sally Azar aus Betlehem. Der Weltgebetstag (WGT) ist eine weltweit führende ökumenische Basisbewegung von christlichen Frauen und hat eine fast 100-jährige Geschichte (gegründet 1927). Er wird in über 150 Ländern gefeiert, immer am

ersten Freitag im März. In Deutschland nehmen jährlich rund 800.000 Menschen an den gemeinsam vorbereiteten Gottesdiensten und Veranstaltungen teil, die sich als Gebetskette rund um die Welt verstehen. Die Teilnehmer:innen stammen aus verschiedenen christlichen Gemeinden wie katholischen, evangelischen, freikirchlichen, Mennoniten, Herrnhuter, Baptisten, Methodisten, Alt-Katholiken, der orthodoxen Kirche und der Heilsarmee.

Der Weltgebetstag 2024, der unter dem Motto „bear one another in love“ steht, hat eine besondere Bedeutung in Bezug auf Palästina, das als die Wiege des Christentums gilt. Die Materialien zur Vorbereitung für Gemeinden und Gruppen beleuchten den Alltag unter israelischer Besatzung seit 1967, das Leben palästinensischer Frauen und die Rolle der christlichen Minderheit. Im Mittelpunkt der Gottesdienstordnung „bear one another in love“ stehen Gebete, Bibeltexte und Lieder sowie die Lebensgeschichten von drei Palästinenserinnen unterschiedlicher Generationen. Sie erzählen von der anhaltenden Traumatisierung durch die Vertreibung 1948 (Nakba), den Tod der Journalistin Shirin Abu Akleh, die 2022 bei einer Recherche über die israelische Armee getötet wurde und von der Sehnsucht nach Frieden und sicheren Orten, auch angesichts von häuslicher Gewalt und Unfreiheit. Es ist wichtig zu betonen, dass der Weltgebetstag nicht gegen Israel oder antisemitisch ist, sondern das Ziel hat, die Stimme der Frauen aus dem jeweiligen Weltgebetstagsland hörbar zu machen, im Gebet und in Solidarität. Im Jahr 2024 ist dies die Stimme palästinensischer Christinnen, und wir sollten alle mit ihnen beten.

SALLY AZAR



Motiv Weltgebetstag 2024 „Praying Palestinian Women“ von der Künstlerin Halima Aziz 2022



2024 WIEDER FREEDOM FLOTILLA NACH GAZA?

Ein „Freedom Flotilla Coalition“ hat sich aus mehreren Organisationen, wie z.B. der kanadischen „canadianboattogaza.org“ zusammengeschlossen und nimmt die Fahrten wieder auf. Das Internationale Komitee „to Break the Siege of Gaza“ steht unter Leitung von Zaher Birawi und Zohar, einer Campaignerin. Mit einem ehemals norwegischen Fischerboot will die Koalition 2024 Verständnis für Gaza wecken.

Das Augenmerk der „Freedom Flotilla“ 2024 liegt vor allem auf den Kindern in Gaza, die unter medizinisch bedrohlichen Bedingungen, z.B. bei hochgradig salzhaltigem, gesundheitsschädigendem Wasser in Gaza eingeschlossen sind. Das Boot wurde daher auf den Namen „Handala“ getauft, in Erinnerung an die von Naji Al-Ali geschaffene Ikone, den 10-jährigen palästinensischen Flüchtlingsjungen, der sich danach sehnt in ein freies Heimatland zurückkehren zu können.

Die „Handala“ hat auf der diesjährigen Fahrt viele Häfen in England, Holland und Skandinavien angelaufen, sowie Anfang August zwei deutsche Häfen: Hamburg und Kiel. Von dort segelte die „Handala“ mit ihrer zumeist aus Norwegern stammenden Crew in ihren Heimathafen Oslo. Dort wird sie überwintern. Im kommenden Frühjahr, 2024, wird sie dann zu ihrer eigentlichen Reise aufbrechen und im Mittelmeer mehrere Häfen ansteuern – in der großen Hoffnung Gaza tatsächlich zu erreichen oder doch mindestens Verständnis und Hilfe für die Kinder von Gaza eingeworben zu haben.

GISELA SIEBOURG

USA

STIFTUNG RACHEL CORRIE



Vor 20 Jahren, am 16. März 2003, hat eine israelische Planierfrau die US-Amerikanerin Rachel Corrie überfahren. Die Volontärin hatte sich in Gaza dem Bulldozer entgegengestellt, um eine Hauszerstörung zu verhindern. Ihr Tod war für ihre Eltern Cindy und Craig Corrie Anlass, die Rachel Corrie Stiftung zu gründen und sich selber für die Menschen in Gaza einzusetzen. Die Eltern erinnern an Rachel: „Vor zwanzig Jahren schrieb sie in Gaza in einem kleinen Internetcafé bis in die frühen Morgenstunden, um unsere Familie, ihre Freunde und die internationalen Medien zu informieren. Sie schrieb über die Kinder: ‚Ich konnte nicht einmal glauben, dass ein Ort wie dieser existiert. Aber mehr noch – können Sie glauben, dass es hier Kinder gibt? Vergiss die Angst. Das sagen sie mir nachts.“

Vergiss die Angst. Ich schäme mich, dass ich Angst um meinen eigenen Körper habe, dass ich anonym in einem Haus an einem der bevölkerungsreichsten Orte der Erdersterbe, wo Kinder als Märtyrer der Besatzung sterben, für die wir im Stillen bezahlen, ohne jemals ihre Namen zu kennen. Wir brauchen mehr Menschen. Ich liebe euch alle. Rachel.“

AMERICAN ANTHROPOLOGICAL ASSOCIATION ENTSCHEIDET FÜR BOYKOTT

Im Juli gab die American Anthropological Association (AAA) bekannt, dass die Mitglieder mit überwältigender Mehrheit für eine Resolution zum Boykott israelischer akademischer Einrichtungen gestimmt hätten. 71 % der Wählenden erklärten sich mit der palästinensischen Forderung nach Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) solidarisch. Mit dieser historischen Entscheidung ist die AAA die größte akademische Vereinigung, die einen Boykott beschloss. Sie schließt sich damit der American Studies Association, der Association for Asian American Studies, der Middle East Studies Association, der National Women's Studies Association und der Native American and Indigenous Studies Association in ihrer Verpflichtung an, den Palästinenser:innen in ihrem Kampf für Gerechtigkeit beizustehen.

AUFRUF AN VERTRETER:INNEN DES NORDAMERIKANISCHEN JUDENTUMS

Über 900 Persönlichkeiten rufen führende Vertreter:innen des nordamerikanischen Judentums – Stiftungsleiter, Wissenschaftler, Rabbiner, Erzieher – dazu auf

1. die israelische Protestbewegung zu unterstützen und sie aufzufordern, sich für die Gleichheit von Juden und Palästinensern innerhalb der Grünen Linie und in den besetzten Gebieten einzusetzen.
2. Menschenrechtsorganisationen zu unterstützen, die Palästinenser verteidigen und Echtzeitinformationen über die gelebte Realität von Besatzung und Apartheid bereitstellen.
3. sich dafür einzusetzen, die Bildungsnormen und Lehrpläne für jüdische Kinder und Jugendliche zu überarbeiten, um eine ehrlichere Einschätzung der Vergangenheit und Gegenwart Israels zu vermitteln.
4. von den gewählten Führern in den Vereinigten Staaten zu fordern, dass sie sich für die Beendigung der Besatzung einsetzen, die Verwendung amerikanischer Militärhilfe in den besetzten palästinensischen Gebieten einschränken und die Straffreiheit Israels in der UNO und anderen internationalen Organisationen beenden.“

Ohne gleiche Rechte für alle, ob in einem Staat, in zwei Staaten oder in einem anderen politischen Rahmen, besteht immer die Gefahr einer Diktatur. Es kann keine Demokratie für Juden in Israel geben, solange die Palästinenser unter einem Apartheidregime leben, wie israelische Rechtsexperten es beschrieben haben. Der eigentliche Zweck der „Justizreform“ besteht darin, die Beschränkungen für den Gazastreifen zu verschärfen, den Palästinenser:innen sowohl jenseits als auch innerhalb der Grünen Linie die gleichen Rechte vorzuenthalten, mehr Land zu annektieren und alle Gebiete unter israelischer Herrschaft von ihrer palästinensischen Bevölkerung ethnisch zu säubern. Die Probleme haben nicht erst mit der derzeitigen radikalen Regierung begonnen: Der jüdische Suprematismus hat seit Jahren zugenommen und wurde durch das Nationalstaatsgesetz von 2018 gesetzlich verankert.

<https://sites.google.com/view/israel-elephant-in-the-room/home?pli=1>

PALÄSTINA FORDERUNG NACH MILITÄREMBARGO

Apartheid-Israels Militärtechnologien, getestet an Palästinenser:innen, ermächtigen Diktator:innen und autoritäre Regime zur Überwachung, Folter und sogar Ermordung von Menschenrechtsaktivist:innen, Journalist:innen, Mandatsträger:innen usw. Das kürzlich aufgedeckte Team Jorge, offiziell bei der israelischen Regierung registriert, bietet jede:r, der/die bereit ist zu zahlen, „elektronische Kriegsführung“ an, um Wahlen zu manipulieren, Gegner:innen zu hacken oder Desinformationen zu verbreiten, um sie zu vernichten.

Ihre Gründer:innen, ehemalige israelische Geheimdienstoffizier:innen, geben an, 33 Wahlen in Afrika, Süd- und Mittelamerika, den USA und Europa manipuliert zu haben. Ohne jegliche ethische oder rechtliche Einschränkung verkaufen sie ihre Dienste an Kund:innen, darunter 40.000 gefälschte Avatare, die Demokratien destabilisieren oder Wahlen manipulieren wollen.

Der nationale palästinensische BDS-Ausschuss (BNC), die größte palästinensische Koalition, die die BDS-Bewegung anführt, bekräftigt die Forderung nach einem sofortigen #MilitärEmbargo gegen Apartheid-Israel, einschließlich der Streichung der US-Militärfinanzierung und des Verbots des Handels mit israelischen Waffen und Spionageprogrammen.

Es ist an der Zeit Apartheid abzubauen #Dis-mantleApartheid.

DEUTSCHLAND ROGER WATERS DURFTE SINGEN



Roger Waters beschäftigte die deutsche Politik fast so intensiv wie der Krieg in der Ukraine und die Warnungen vor den Klima-Katastrophe. Der britische Pop-Musiker, der die Gruppe Pink Floyd großgemacht hat, wird in den deutschen Inquisitionslisten als gestandener und unverbesserlicher Antisemit geführt. Was wirft man ihm konkret vor? Die Anklage gegen Rogers gipfelt in dem Vorwurf: Er unterstützt sogar BDS, die gewaltlose Initiative der palästinensischen Zivilgesellschaft, die das fordert, was auch in der UNO-Charta steht. Da kann Waters hundert Mal versichern:

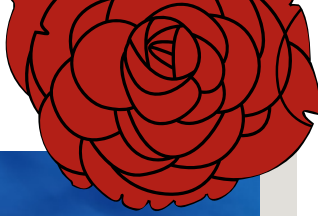
„Ich bin kein Antisemit. Ich kritisiere die Politik der israelischen Regierung, aber nicht die jüdischen Menschen in Israel.“

In Deutschland wollte man ihm seine Konzerte verbieten. Ohne Erfolg.

ARN STROMEYER

AMNESTY BESORGT ÜBER DIE EINSCHRÄNKUNG DER MEINUNGS- UND VERSAMMLUNGSFREIHEIT

Im Jahr 2022 hatte die Berliner Versammlungsbehörde sämtliche Demonstrationen in Erinnerung an die Nakba an und um diesen Tag im Vorfeld untersagt. Auch in diesem Jahr wurden wiederholt Veranstaltungen von Gruppen, die sich für die Rechte von Palästinenser:innen einsetzen, verboten. Dies betraf im Speziellen mehrere Demonstrationen, die für den 15. und 16. April 2023 geplant waren, sowie alle Versammlungen rund um den 15. Mai 2023, inklusive sämtlicher Ersatzveranstaltungen im Bundesland Berlin. Amnesty International betrachtet diese Verbote mit Sorge. Auch wenn Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit nach internationalen Menschenrechtsstandards unter bestimmten Umständen zulässig sind, sind staatliche Behörden zunächst dazu verpflichtet, diese Menschenrechte zu schützen und ihre Ausübung zu ermöglichen.



„Für Freiheit, Würde, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung unabhängig von Ethnie oder Religion“ protestierten Palästinenser:innen zusammen mit jewish dissident voice vor dem Gewandhaus in Leipzig.



FOTO // URSULA MINDERMANN

Demo in Bielefeld



Kundgebung vor der Stiftskirche in Tübingen



Kundgebung in Mannheim

In London marschierten am 21. Oktober über 300.000 Menschen in Solidarität mit den Palästinenser:innen. Nach Ansicht der Polizei war dies der zehntgrößte Protest-Marsch in der britischen Geschichte.

DEMO IN BREMEN MIT VIELEN AUFLAGEN

[] Zur zweiten großen und friedlichen Demonstration für die Menschen in Gaza hatten sich am 27. Oktober vor dem Hauptbahnhof in Bremen wieder über 500 Menschen versammelt. Wieder bei starkem Regen. Und wieder begleitet von einem großen Polizeiaufgebot. Das Ordnungsamt der Freien Hansestadt Bremen hatte – nach langen Verhandlungen – diese Kundgebung genehmigt. Aber, diese Genehmigung war verbunden mit einer langen Liste von dem, was getan und gesagt und gerufen und gezeigt werden durfte und von dem, was nicht getan und gesagt, gerufen und gezeigt werden durfte. Viel blieb da nicht mehr übrig. Freiheit durfte gerufen werden, Freiheit für Gaza, Freiheit für Palästina, Freiheit für Kinder ...

Das Ordnungsamt hatte die Veranstalter auch verpflichtet, diese viele Seiten umfassenden Auflagen der Versammlung vollständig vorzulesen, mit allen Einzelheiten, mit allen Paragraphen im schlimmsten Behördendeutsch. Die Anwesenden mit ihrer Trauer, mit ihrer Wut, ihrer Enttäuschung und Verzweiflung mussten die Prozedur schweigend über sich ergehen lassen. Während neun langer Minuten. Sonst: Polizeieinsatz und gewaltsame Auflösung der ganzen Kundgebung.

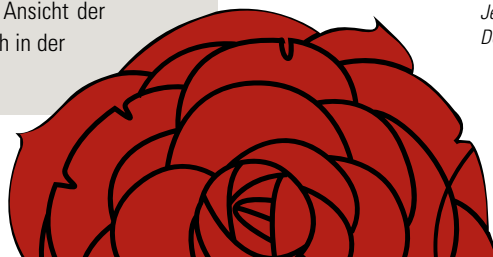
SÖNKE HUNDT



An der Vrije Universiteit Brussel (VUB) bei der Abschlussfeier.



Jewish Voice for peace besetzt das Kapitol in Washington DC und fordert sofortigen Waffenstillstand in Gaza



BUCH // ENDE OFFEN

[] Zuerst verschwindet Alaa's Großmutter. Sie stirbt auf einer Bank am Meer. Da beginnt er, alles aufzuschreiben, was ihm von Tata, der Großmutter, in Erinnerung ist. Alaa ist ein palästinensischer Israeli, befreundet mit Ariel, einem jüdischen Israeli, der im gleichen Haus wohnt. Und dann verschwindet über Nacht die ganze palästinensische Bevölkerung sowohl in Israel als auch in den besetzten Gebieten.

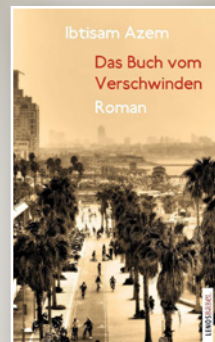
Die Behörden und die Medien rätseln, die Israelis vom rechten politischen Rand jubeln, wollen sofort in die leeren Häuser und Bauernhöfe einfallen.

Ariel nimmt das rote Buch an sich und liest, was Alaa von seiner Großmutter aufgeschrieben hat. Das Buch vom Verschwinden meint genau das Gegenteil von dem, was der Titel sagt: Die paläs-

tinensische Identität ist sehr stark verankert, die Vergangenheit immer noch lebendig. Palästina lebt. Die Autorin Ibtisam Azem ist in Palästina geboren, wuchs in Israel auf, studierte und arbeitete in Deutschland, lebt nun in New York. Ihr Buch erhielt international große Aufmerksamkeit und Anerkennung. Dabei spielt die Idee des Verschwindens eine Rolle, aber auch ihre literarische Sprache, ihre Fähigkeit, das Palästina-Problem unaufdringlich und dennoch eindringlich nahe zu bringen. Und das Ende des Buchs? Ende offen, alles offen.

NUHA SARRAF-FORST

Ibtisam Azem: **Das Buch vom Verschwinden**, Roman
Aus dem Arabischen von Joël László
Lenos Verlag, 271 Seiten, 2023

**FILM // ERINNERUNG AN EINEN FLUGHAFEN**

[] „Achtung, Achtung! In ein paar Minuten werden wir Jerusalem anfliegen. Bitte schnallen Sie sich an.“ Ein Flughafen in Jerusalem. Von hier fliegen fröhliche Pärchen in die Flitterwochen, nach Beirut oder Geschäftsreisende nach Kairo und an den Golf. Es klingt wie eine Utopie für Palästinenser, die in immer kleineren Enklaven, durch Mauern, Checkpoint und israelische Siedlungen eingekesselt, in Ramallah, Nablus oder Betlehem leben. Es gab ihn tatsächlich, den palästinensischen Flughafen von Jerusalem. Aber das ist lange her – bevor die Westbank und Ostjerusalem 1967 von Israel besetzt wurde. Norma Hawitt zeigt alte Schwarz-Weiß-Fotos, auf denen sie und ihre Geschwister auf dem Rollfeld stehen. Heute patrouillieren Jeeps der israelischen Armee vor ihrem Haus. Von ihrem Dach aus kann man den Tower erkennen oder was davon übrig geblieben ist, nicht weit vom Checkpoint Qalandiya und der Mauer, die Jerusalem von Ramallah trennt. Der Flughafen ist eine Ruine, von Gras überwachsen, mit Stacheldraht abgezäunt.

Nahed Awwad hat einen eindrücklichen Film über den Flughafen von Jerusalem gedreht. Sie hat Archivmaterial ausgegraben, ehemalige Stewardessen sowie den früheren technischen Direktor, Youseff Hajjar, interviewt. Der Film macht deutlich, dass Besatzung für die Palästinenser nicht nur Landraub, Siedlergewalt und Willkür bedeutet, sondern eine aufstrebende, kosmopolitisch ausgerichtete Gesellschaft von ihrem kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Umfeld abgeschnitten, marginalisiert und in die Rolle von Almosenempfängern verwandelt hat. Die Erinnerung an den Flughafen mag nostalgisch sein, sie verkörpert aber zugleich den Traum der Palästinenser:innen auf ein selbstbestimmtes Leben und davon, gleichberechtigter Teil der Weltgemeinschaft zu sein.



5 Minutes from Home
(2008, Palästina, Türkei, Schweiz)
Akka Films und Manara Films,
arabisch mit deutschen Untertiteln, 52 Min.
Regie: Nahed Awwad

BUCH // IST ISRAEL EIN APARTHEIDSTAAT?

[] Dieser Band 2 von „Religionen für Gerechtigkeit in Palästina-Israel“ antwortet auf den Aufruf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ORK) an die Mitgliedskirchen von 2022, zu prüfen und zu entscheiden, ob es sich beim jetzigen Staat Israel um ein Apartheidsystem handelt. Diese Frage bejahen viele Menschenrechtsorganisationen, auch wird der Stand der Ermittlungen gegen Israel im Internationalen Strafgerichtshof und Internationalen Gerichtshof dargestellt.

Der 2. Teil untersucht, wie der Antisemitismusvorwurf benutzt wird, um jegliche Kritik an den Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen Israels abzuweisen. Um dies zu verstehen, muss man durchschauen, wie die Arbeitsdefinition des Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zu diesem Zweck

manipuliert wurde, welche Rolle die israelische Propagandaabteilung Hasbara spielt, welche Mechanismen besonders in Palästina-Israel, Deutschland und USA am Werk sind und wie der christlich-jüdische Dialog in einen Deal verwandelt wurde. Im 3. Teil geht es um Visionen und Alternativen. Autoren in diesem Buch sind u.a.: Shir Hever, Deutschland; Munib Younan, Palästina; Hans-Jürgen Abromeit, Greifswald; Aleida Assmann, Deutschland; Helga Baumgarten, Palästina.

ERNST-LUDWIG VATTER

Ulrich Duchrow, Mark Braverman (Hg.)
Religionen für Gerechtigkeit in Palästina-Israel Band 2
Ökumenische Antwort auf Völkerrechtsverletzungen und Apartheid
Verlag und Verlagsbuchhandlung Stiftung Hirschler,
Bestellung: 06232-2890098 - verlag@stiftung-hirschler.de





BUCH // SEHR EMPFEHLENSWERT

【 】 Adania Shibli beschreibt ein Verbrechen, bei dem eine Gruppe israelischer Soldaten bei einer Begegnung mit einer Gruppe Beduinen erst die Männer erschossen und dann ein junges Beduinennädchen vergewaltigte und dann tötete. Im zweiten Teil verbindet sich die Recherche einer jungen Palästinenserin über diesen Fall mit dem aktuellen Alltag 50 Jahre später. Shibli verwebt die Geschichten beider Frauen zu einer. Die 160 atmosphärisch verdichteten Seiten lesen sich so berührend spannend, dass man das Buch in einem Rutsch liest und es uns voller Gedanken und Fragen zurücklässt. Es ist wohl dieses „außergewöhnliche Kunstwerk, das immer wieder überrascht

und fesselt: eine äußerst rare Mischung aus moralischer Intelligenz, politischer Leidenschaft und formaler Virtuosität“, wie es der Philosoph Pankaj Mishra treffend formuliert. Sehr empfehlenswert! Die Autorin sollte auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse für ihren Roman „Eine Nebensache“ mit dem Liberaturpreis ausgezeichnet werden. Die Preisverleihung an die palästinensische Autorin wurde kurzfristig verschoben.

DETLEF GRIESCHE

Adania Shibli: **Eine Nebensache**
Berenberg – Verlag, Berlin, 2022
Aus dem Arabischen von Günther Orth
120 Seiten · Halbleinen · fadengeheftet



BUCH // SIEDLERKOLONIALISMUS

【 】 Mitri Raheb hat untersucht, wie die Bibel zur Unterstützung des israelischen Apartheid-Siedlerkolonialregimes vereinnahmt wurde. Im Zentrum stehen Interpretationen „angesehener, etablierter und versierter Theologen“, deren biblische Auslegung einer „Bewaffnung der Bibel“ gleich – bewusst oder unbewusst dazu beigetragen haben, den israelischen Plan, das gesamte Palästina einzunehmen, zu fördern und dem indigenen palästinensischen Volk Land, Lebensgrundlagen und Wurzeln zu rauben. Die „vorherrschende Situation“ in Palästina sei seit der Balfour-Erklärung „eine Situation des Siedlerkolonialismus“. Raheb

erörtert am Beispiel des al Aqsa-Berges und des Felsendoms wie Realität weiterhin verzerrt wird. Den Bereich alleinig als Tempelberg zu bezeichnen, obwohl dort seit zweitausend Jahren kein Tempel mehr steht, sei ignorant. Dort stünden vor allem zwei aktuelle und wichtigste muslimische heilige Stätten. Er spitzt zu: „Was für die Al-Aksa-Moschee gilt, gilt auch für das gesamte Land.... Wie wir Dinge benennen, ist wichtig, denn Benennen ist eine Machtausübung.“ Für das Siedlerkolonialprojekt sieht er keine Zukunft.

DETLEF GRIESCHE

Mitri Raheb:
Decolonizing Palestine: The Land, the People, the Bible
Orbis Books 2023, englisch
Paperback, 184 Seiten



BUCH // DRAMATISCH UND HUMORVOLL

【 】 Die 1982 geborene deutsch-palästinensische Autorin begibt sich auf Spurensuche nach ihren Großeltern. Diese leben in Jaffa, wo sie ein Kino betreiben. 1948 fliehen sie in den Libanon, wo sie als Geflüchtete unter schwierigsten Bedingungen bei einer Tante unterkommen. In der Hoffnung auf ein besseres Leben zieht die Familie nach Mersin in die Türkei. Der Großvater arbeitet hier bei der Eisenbahn. Als Flüchtlinge bleibt die mittlerweile fünfköpfige Familie jedoch immer ausgeschlossen. Die Bedingungen, unter denen sie leben, sind hart, das Heimweh wird stärker, sie ziehen zurück nach Beirut und leben im Flüchtlingslager Shatila. Während des

Bürgerkriegs wanderte der Onkel der Autorin in die Türkei aus, der Vater ist nach Deutschland gezogen. Joana Osman und ihre in der Türkei aufgewachsene Cousine Zeynep suchen nach 70 Jahren mit den Aufzeichnungen ihres Großvaters nach Spuren ihrer Großeltern. Während Zeynep nur arabisch spricht, kann Joana nur arabisch lesen. Sie treffen sich in Tel Aviv, um von hier aus ihre Nachforschungen anzutreten. Es ist ein leicht zu lesender, trotz der dramatischen Geschichte auch humorvoller Roman. Joana Osman lebt bei München, sie gründete 2012 die israelisch-deutsche NGO „The Peace Factory“.

URSULA MINDERMANN

Joana Osman
Wo die Geister tanzen
C. Bertelsmann, 224 Seiten, 2023

AUSSTELLUNG // PALÄSTINENSERINNEN UND PALÄSTINENSER IN DER DIASPORA

【 】 Mehrsprachigkeit und Teilhabe fordern Zugewanderte, Vertriebene und Flüchtlinge- nicht nur die der ersten Generation, oft auch deren Kinder in besonderer Weise. Es ist die Heimat, die Sprache, die Kultur, die sie hinter sich lassen und neu erlernen und erfahren müssen und dürfen. Die Heimat bleibt in den Herzen erhalten.

Ein internationales Team von Fotografinnen und Fotografen interviewte und porträtierte Palästinenserinnen und Palästinenser, die ihre Heimat verließen und eine Neue finden mussten. In San Francisco, Edinburgh und Münster wurden sie von Najib Joe Hakim, Craig MacLean und Ursula Mindermann befragt, was Heimat für sie bedeutet.

Ergänzend wurden auch Palästinenserinnen und Palästinenser im libanesischen Flüchtlingslager Shatila (Beirut) befragt, haben sie doch eine ganz andere Lebenssituation, die weniger durch Teilhabe eher durch Ausgrenzung geprägt ist.

Die Ausstellung wurde von Ursula Mindermann bisher in Glasgow, Brühl, Höxter und Osnabrück präsentiert. Ursula Mindermann, Unternehmerin und Fotografin, lebt in Telgte und betreut mehrere Projekte in Palästina und im Libanon und bereiste diese Länder mehrfach. Die Ausstellung ist ab 21. Februar 2024 in der Stadtbibliothek in Gütersloh zu sehen.



Ausleihe der Ausstellung „Home away from Home“ über die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft

Junges Mädchen im Exil

VON KHALED SHOMALI

Auf ihrer Wange verharret eine Träne
Sie rinnt nicht herab noch steigt sie auf

Ihre Träume sind wie ein einstürzender Berg
Und ihr Blick ist verloren

Ratlosigkeit und Traurigkeit im Gesicht
Von endlosem Kummer überschattet

Und ich frage mich was mag geschehen sein
Ein Mädchen dem noch alles offensteht jung wie der Tau

Sie weint nicht noch spricht sie
Ihre Träne ist zu einer Perle erstarrt

Bevor der Himmel in Tränen ausbricht
Sehe ich sie als leblosen Körper

Auf der Schulter der Nacht breitet sich Trauer aus
Und bedeckt ihren lockigen Zopf

Planeten der Trauer kreisen in ihr
Sie ankert nicht noch kehrt sie zurück

Das Schicksal warf sie in ein fernes Exil
Der Hasswelle fremder Staaten entgegen

Und in ihren Augen spiegelt sich das Leid des Universums
Sie zittert vor kalter Angst

Von Kälte und Hunger wird sie belagert
Umkreist von einer ungerechten Macht

Ich sage zu ihr: Du wirst eines Tages zurückkehren
Und ich schwöre: Der Himmel ist Zeuge

Sie antwortet mit belegter Stimme
Was nützt es wenn die Eltern sterben

Ich schäme mich vor ihr und ich schäme mich vor mir
Und beweine die reiche Welt.

KHALED SHOMALI ist 1958 bei Betlehem in Palästina geboren. Er studierte Bauingenieurwesen an der RWTH Aachen, ist Lyriker, Übersetzer und Herausgeber und lebt seit 2000 in Brühl.





LIBERTY LEADING THE PEOPLE AUS DER SERIE GUERNICA GAZA // Digitaldruck 2010–2013, Mohammed Al Hawajri (1976 in Gaza geboren)

Der Digitaldruck basiert auf Eugène Delacroix' ikonischem Gemälde „Die Freiheit führt das Volk“, 1830, und auf Fotos von Auswirkungen von Luftangriffen auf eine Stadt. Aus der Guernica Gaza Serie mit 30 Bildern waren insgesamt fünf Motive auf der Documenta 15, 2022, in Kassel zu sehen.

Der Zyklus entstand als Reaktion auf den anhaltenden Militärkonflikt zwischen Israel und Gaza und vor allem (aber nicht ausschließlich) auf die Ereignisse von Dezember 2008 bis Januar 2009, als Israel Gaza bombardierte und Bodentruppen dorthin entsandte.